Landkreis Ebersberg **14. Wahlperiode 2014-2020/SFB/06. SFB-Ausschuss**

Protokoll

06. Sitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Mittwoch, 01.07.2015 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 18:32 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Karin Stanuch

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Jorga, Rolf
Linhart, Susanne
Matjanovski, Marina
Schwaiger, Johann
Will, Renate abwesend ab 16:54 Uhr
Zetzl, Bettina

SPD-Fraktion

Bittner, Barbara
Glaser, Renate Dr. abwesend ab 18:05 Uhr
Poschenrieder, Bianka

GRÜNE-Fraktion

Gerneth, Christine abwesend ab 16:50 Uhr
Kalnin, Vincent

Freie Wähler-Fraktion

Ried, Toni
Seidelmann, Wilfried Dr.

AG AfD-BP-öDP:

Garhammer, Franz-Xaver

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Karin Stanuch
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
TOP 3	Haushalt 2015; Zwischenbericht 2015 aus den Fachbereichen des SFB-Ausschusses Vorlage: 2014/2321
TOP 4	Vorstellung der neuen Inklusionsbeauftragten und Leiterin der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus - Bericht über die regionale Gesundheitskonferenz Vorlage: 2015/2443
TOP 5	Vorstellung des 1. Sozialberichts des Landkreises Ebersberg Vorlage: 2015/2422
TOP 6	Vorstellung des Demografiekonzeptes des Landkreises Ebersberg - Aufbau und Handlungsfelder Vorlage: 2015/2363
TOP 7	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
TOP 8	Informationen und Bekanntgaben
TOP 8.1	Öffentliche Niederschrift des Zweckverbands Realschule Vaterstetten der Versammlung vom 31.03.2015
TOP 9	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
TOP 10	Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

Der Landrat begrüßt die Mitglieder des SFB-Ausschusses. Hauptthemen der Sitzung seien die Vorstellung des ersten Sozialberichtes und des Demografiekonzeptes.

Ferner begrüßt er Frau Fraß von der Seerosenschule in Poing, Frau Ruppelt von der Staatlichen Realschule in Vaterstetten und Frau Schneitler von der Johann-Comenius-Schule in Grafing.

Der Landrat berichtet, dass im Zuge der Schulgala am 30.06.2015 dem Landkreis Ebersberg durch den Bayerischen Bildungs- und Wissenschaftsminister Herrn Dr. Ludwig Spänle das Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ überreicht worden sei. Die 21 Gemeinden im Landkreis hätten jeweils eine Urkunde bekommen. Unter der Leitung von Frau Geisler sei das Projekt von ca. 100 Leuten begleitet worden. Er bedankt sich auch bei den zehn mitwirkenden Schulen, die mit ihren Darbietungen einen gelungenen Abend geboten hätten. Möglicherweise könne die Schulgala eine schöne Tradition werden.

Am 29.06.2015, so der Landrat, sei dem Landratsamt zudem das Zertifikat „beruf**und**familie“, eine Initiative der Hertie-Stiftung, durch die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Frau Iris Gleicke in Berlin überreicht worden. Das Zertifikat sei eine hausinterne Angelegenheit, welche die schon seit vielen Jahren sehr familienfreundliche Ausrichtung des Landratsamtes weiterentwickeln und optimieren solle. Alle drei Jahre müsse sich das Landratsamt re-auditieren und die in diesem Zeitraum definierten Handlungsfelder umgesetzt haben.

Der Landrat stellt die Beschlussfähigkeit fest und bittet um Verständnis, dass die Genehmigung des Protokolls vom SFB-Ausschuss am 10.06.2015 aus terminlichen Gründen erst zur nächsten Sitzung erfolgen könne.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen

Keine

TOP 3	Haushalt 2015; Zwischenbericht 2015 aus den Fachbereichen des SFB-Ausschusses

2014/2321 F 2 / HH 2015 / Zwischenbericht SFB

An der Beratung nimmt teil: Brigitte Keller, Leitung Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der Landrat übergibt das Wort an Frau Keller.

Frau Keller stellt den Zwischenbericht 2015 mittels einer Präsentation (*Anlage 1* zum Protokoll) vor und ergänzt, dass der Fachbereich SFB mit 14,8 Mio € im fachlichen und 1,3 Mio € im schulischen Bereich das größte Teilbudget sei. Die derzeit hohe Planausschöpfung läge ausschließlich an den noch nicht erfolgten Erstattungen des Freistaates Bayern in Höhe von ca. 1,2 Mio € im Bereich Asyl.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Auch im nächsten Jahr ist dem SFB-Ausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.

einstimmig angenommen

TOP 4	Vorstellung der neuen Inklusionsbeauftragten und Leiterin der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus - Bericht über die regionale Gesundheitskonferenz

2015/2443	S
An der Beratung nimmt teil:	Martina Rettenbeck, Inklusionsbeauftragte und Leiterin Geschäftsstelle Gesundheitsregion^{plus}

Der Landrat begrüßt Frau Rettenbeck als Nachfolgerin von Frau Klostermann. Durch den internen Wechsel von Frau Klostermann sei die Stelle der Inklusions- und Familienbeauftragten neu zu besetzen gewesen. Nachdem Frau Rettenbeck jedoch die entsprechende Ausbildung habe, übernehme sie nun die Leitung der Geschäftsstelle Gesundheitsregion^{plus}. Die Stelle der Familienbeauftragten werde demnächst neu ausgeschrieben.

Er verweist auf das neue Kunstwerk im Hermann-Beham-Saal, welches noch in der Zeit von Frau Klostermann als Inklusionsbeauftragte entstanden sei. Das Bild mit dem Titel „Das Universum der unerforschten Möglichkeiten“ sei, so der Landrat, unter der Anleitung des Künstlers Peter Ivanowitsch Dubina zusammen mit Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen aus verschiedenen Institutionen des Landkreises entstanden. Weitere Werke unter dem Motto „Kunst kennt keine Behinderung“ seien vom 13.10.2015 bis 17.11.2015 im Zuge einer Ausstellung im Landratsamt zu sehen.

Der Landrat übergibt das Wort an Frau Rettenbeck.

Frau Rettenbeck stellt sich kurz vor und berichtet im Anschluss von der regionalen Gesundheitskonferenz am 16.06.2015 anhand einer Präsentation (*Anlage 2* zum Protokoll).

Aus dem Gremium (Barbara Bittner und Rolf Jorga) wird gebeten, dass eine Kopie der Präsentation den Kreisräten bis morgen zugesandt werde, da die Gründungsveranstaltung „Gesundheitsforum“ bereits am 15.07.2015 stattfinde.

Auf die Anmerkung (Marina Matjanovski), dass das Nachfolgeproblem beim Pflegepersonal ebenfalls Teil der Gesundheitsregion^{plus} sein müsse, antwortet Frau Geisler, dies werde im Gesundheitsforum thematisiert werden.

Der SFB-Ausschuss nimmt Kenntnis

TOP 5 Vorstellung des ersten Sozialberichts des Landkreises Ebersberg

2015/2422	S
Vorberatung	KSA-Ausschuss am 07.05.2012, TOP 8 KSA-Ausschuss am 03.12.2012, TOP 3 KSA-Ausschuss am 29.04.2013, TOP 18
An der Beratung nehmen teil:	Dominik Redemann, Sozial- und Jugenhilfeplaner; Stefanie Geisler, Leiterin Abteilung S – Soziales und Bildung

Der Landrat führt in den Sachverhalt ein. Auf Antrag der CSU vom 06.04.2012 ein Gesamtkonzept zum „Demografischen Wandel“ zu erstellen, sei die Fachstelle Sozial- und Jugendhilfeplanung geschaffen worden. Der Sozialbericht stelle eine fundierte Datengrundlage dar, um die soziale Entwicklung im Landkreis zunächst zu dokumentieren. Er diene als Diskussionsgrundlage, zeige aber auch die Entwicklung der Gesellschaft im Vergleich mit Nachbarlandkreisen auf. Er soll ebenso Anhaltspunkt für notwendige Interventionen sein als auch den Blick auf absehbare Trends lenken. Ferner sei er ein Instrument für die 21 Gemeinden, die Kreispolitik und die sozialen Träger im Landkreis.

Der Landrat übergibt das Wort an Herrn Redemann.

Herr Redemann stellt den ersten Sozialbericht mittels einer Präsentation vor (*Anlage 3* zum Protokoll). Der vollständige Sozialbericht wurde bereits mit der Sitzungsvorlage versandt.

Der Landrat bedankt sich bei Herrn Redemann. Es sei ihm bewusst, wie viel Arbeit und Informationen in diesem Bericht stecken. Das Gremium bestätigt dies durch Applaus.

Dank aus dem Gremium (Renate Will) im Namen aller, der Bericht sei für den Landkreis von großer Bedeutung. Im Bereich Bildung habe man sich bereits als Bildungsregion qualifiziert. Ferner seien jedoch noch die Lücken bei Alleinerziehenden und der Kinderbetreuung zu schließen. Für Migranten werden noch ausreichend Übergangsklassen benötigt. Ein Wermutstropfen sei, dass 50% der Schüler im Landkreis aufs Gymnasium gingen, dadurch sinke die Schülerzahl an den Mittelschulen und es gäbe immer mehr Schüler ohne Schulabschluss. Frau Geisler daraufhin: Ziel sei es, dass alle Schüler einen Schulabschluss bekämen.

Glückwunsch aus dem Gremium (Rolf Jorga) zum Sozialbericht. Es sei zukünftig mit mehr Pflegebedürftigen zu rechnen und gleichzeitig werde der Arbeitsmarkt ausgebildete Kräfte aufsaugen. 80% der Bevölkerung werden dement sein, dafür sei es umso wichtiger, frühzeitig ein Signal hinsichtlich Bildung zu setzen und auch das Dilemma im Bereich fehlender Pflegekräfte anzugehen. Ferner stelle sich auch die Frage, wie die Politik mit den fehlenden Heimen umgehen werde, u.a. mit getrennten Einrichtungen nach Glaubensrichtungen.

Anregung aus dem Gremium (Christine Gerneth), die Zahlen im Bericht auch den Gemeinden zur Verwendung zukommen zu lassen. Frau Geisler dazu, dass bereits Anfragen der Gemeinden vorlägen und Herr Redemann diese beantworten werde. Der Landrat bestätigt, dass viele Bereiche nur durch Einbeziehung der Gemeinden umgesetzt werden könnten. Der Sozialbericht solle schließlich auch mit Leben erfüllt werden. Auf Nachfrage (Christine Gerneth) ergänzt Frau Geisler, dass neben den Bürgermeistern selbstverständlich auch die Gemeinderäte sämtliche Informationen erhielten.

Wortmeldung aus dem Gremium (Dr. Renate Glaser), der Bericht sei sehr aufschlussreich. Statistiken bilden Realität oft nicht voll ab, umso wichtiger sei daher ein Experte von außen. Auf die Frage, wie man Herrn Redemann „buchen“ könnte, antwortet Frau Geisler, die Gemeinden werden angeschrieben und könnten dann Termine vereinbaren.

Weitere Anmerkung aus dem Gremium (Dr. Wilfried Seidelmann), durch den hohen Anteil an Sozialwohnungen sei Kirchseeon ein sozialer Brennpunkt, dies müsse im Sozialbericht ergänzt werden. Herr Redemann dazu, er werde dies berücksichtigen.

Auf die Anmerkung (Vincent Kalnin) zu den messbaren sozialen Problemen, antwortet Herr Redemann, dass Geschosswohnungsbau nicht gleich für soziale Probleme stehe. Kirchseeon sei nur die „erste bezahlbare“ Gemeinde stadtauswärts im Landkreis.

Zum Stichwort „Sozialer Brennpunkt“ (Renate Will), diese Bezeichnung sollte vermieden werden und kein Stigma sein. Es gäbe ganz andere soziale Brennpunkte, Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen und Koma-Saufen habe nichts mit sozialer Herkunft zu tun.

Anmerkung ins Gremium (Marina Matjanovski) mit der Bitte zu bedenken, dass laut Erzählung von Obdachlosen es diesen seit den vielen Asylbewerbern schlechter ginge. Herr Kalnin dazu, dass er dies nicht so verstanden habe, dass die Zahl der Obdachlosen im Zusammenhang mit den Asylbewerbern stehe. Herr Redemann ergänzt, dass die Zahl der Asylbewerber so dynamisch sei, dass er diese im Sozialbericht nicht aufgenommen habe, jedoch natürlich statistisch erfasst werden.

Auf die Anmerkung (Marina Matjanovski), die Zahl der Asylbewerber differenziert zu betrachten, antwortet Frau Geisler, sobald die Asylbewerberverfahren abgeschlossen seien, werde man diese berücksichtigen können.

Anregung aus dem Gremium (Vincent Kalnin), den Sozialbericht informativ zu ergänzen: Im Bereich Generationengerechtigkeit um die Aspekte Energie, Artenvielfalt und Landschaftsqualität; im Bereich Wohnen die Flächeninanspruchnahme und Zahlen zu Straßen; im Bereich Wirtschaft/Arbeitsmarkt Wirtschaftsplätze und Anteil ökologischer Landbau, Auspendleranteil getrennt nach PKW-Nutzung und öffentlicher Verkehr; im Bereich Einkommen eine Gegenüberstellung Anteil Verdienst Frauen - Männer; im Bereich Gesundheit/Pflege die Aspekte Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen sowie der Anteil der Menschen mit Adipositas. Ferner die Bitte um eine Einschätzung, wie im Landkreis gebaut werden müsste, um die Wohnpreise niedrig zu halten. Herr Redemann antwortet dazu, dass es zwar zu den angesprochenen Aspekten Daten vom Landesamt für Statistik und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg gäbe, diese jedoch nicht immer explizit für den Landkreis vorlägen. Die Frage, wie man bauen sollte, müssten Wohnungsbauexperten beantworten.

Anmerkung aus dem Gremium (Toni Ried), er sehe ein verschärftes Problem für die Zukunft bei der Unterbringung von Asylbewerbern. In den Gemeinden sei kein Potenzial für Asylbewerber mehr vorhanden. Diese werden voraussichtlich erst einmal obdachlos. Frau Geisler dazu, zusammen mit den Diakonien werde ein Konzept zum weiteren Vorgehen bei Obdachlosenunterkünften erarbeitet.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

<u>Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss</u>:

1. **Der SFB-Ausschuss nimmt den ersten Sozialbericht des Landkreises zur Kenntnis.**

2. **Dem SFB-Ausschuss wird nächstes Jahr über die Umsetzung des Sozialberichts und neue Erkenntnisse berichtet.**

einstimmig angenommen

TOP 6	Vorstellung des Demografiekonzeptes des Landkreises Ebersberg - Aufbau und Handlungsfelder

2015/2363	S/Demografie
Vorberatung	KSA-Ausschuss am 07.05.2012, TOP 8 KSA-Ausschuss am 03.12.2012, TOP 3 KSA-Ausschuss am 29.04.2013, TOP 18
An der Beratung nehmen teil:	Martina Rettenbeck, Inklusionsbeauftragte u. Leiterin Geschäftsstelle Gesundheitsregion^{plus} ; Mirjana Simic, Integrationsbeauftragte; Carola Schreiner, Leitung Team Demografie; Sabine Stöhr, Seniorenbeauftragte; Stefanie Geisler, Leiterin Abteilung S – Soziales und Bildung

Der Landrat ruft den Tagesordnungspunkt auf und erinnert, dass im KSA am 29.04.2013 beschlossen worden sei, ein Rahmenkonzept zur Bewältigung der Auswirkungen des Demografischen Wandels zu erstellen. Dieses Konzept solle Handlungsfelder definieren.

Der Landrat übergibt das Wort an die Mitarbeiterinnen des Teams Demografie.

Frau Rettenbeck (Inklusion), Frau Simic (Integration), Frau Schreiner (Familien und Ehrenamt), Frau Stöhr (Senioren) stellen die Prioritäten des Konzeptes mittels einer Präsentation (*Anlage 4* zum Protokoll) vor. Das ganze Demografiekonzept wurde bereits mit der Sitzungsvorlage versandt.

Der Landrat bedankt sich bei den Kolleginnen und ergänzt, dass die koordinierte Umsetzung der Handlungsfelder noch viel Arbeit u.a. mit den Gemeinden bedeute.

Auf Anfrage aus dem Gremium (Rolf Jorga), inwieweit alle Kinder für die Schulungsmaßnahme Deutschkenntnisse erfasst werden, antwortet Frau Simic: im Kita-Bereich gäbe es sowohl bei Deutschen als auch bei Migranten 1,5 Jahre vor Einschulung eine verbindliche Sprachstandserhebung. Ferner erfolge ein halbes Jahr vor Einschulung noch eine Schuleingangsuntersuchung. Förderbedürftige Kinder erhielten dann durch die Kitas und in der Grundschule einen Vorkurs. Ältere, schulpflichtige Kinder würden in Übergangsklassen vorbereitet werden. Die Erfassung von über 16-jährigen sei schwieriger, da es dort zu wenig Schulen gäbe. Nachdem 97% der Kinder spätestens ein halbes Jahr vor Einschulung eine Kita besuchen würden, könnten weitgehend alle Kinder mit frühsprachlichem Bedarf erfasst werden. Die wenigen Kinder, die nie eine Kita besuchen, kämen meist aus gebildeten Familien.

Auf die Anregung aus dem Gremium (Dr. Wilfried Seidelmann), das Thema Asylbewerber 2016 im Sozialbericht und Demografiekonzept mehr einzuarbeiten, bemerkt Frau Geisler, dass dies berücksichtigt werde, aber nicht verknüpft mit den zwei Berichten, da sich die Daten ständig ändern würden.

Auf die Frage (Bettina Zetzl), inwieweit man den sprachlichen Förderbedarf an Schulen ohne Übergangsklassen kontrollieren könne, antwortet Frau Simic, dass es im Landkreis fünf gemeindeübergreifende Übergangsklassen gäbe und man im engen Kontakt mit Frau Sauter stünde. Nur in der Gemeinde Frauenneuharting gäbe es eine Einzelfallregelung mit Einzelzusatzunterricht.

Anregung aus dem Gremium (Dr. Renate Glaser), zur Erleichterung der Helferkreise den Asylbewerbern Sprachkurse verpflichtend aufzuerlegen, antwortet Frau Geisler, dass dies bereits versucht worden sei aber es keine rechtliche Grundlage dafür gäbe. Es könne jedoch gerne immer wieder kommuniziert werden.

Wortmeldung aus dem Gremium (Bianka Poschenrieder), dass in Zorneding zur Motivation für Sprachkursbesuche den Asylbewerbern ein Zertifikat mit Stempel vom Helferkreis ausgestellt werde. Ferner solle ein Augenmerk darauf gelegt werden, dass Sozialhilfe oft „vererbt“ werde. Dies, so Frau Schreiner, läge zum Teil an der fehlenden Förderung und Bildung.

Anmerkung aus dem Gremium (Marina Matjanovski), man müsse sich Gedanken machen, wie wir Menschen zum Erlernen der Sprache mehr bewegen können. Mehr-Generationenhäuser seien zur gegenseitigen Hilfe in Zukunft notwendig. Das Ehrenamt müsse gestärkt werden um Vereinsamung zu minimieren und Ansprache zu stärken.

Auf die Frage (Vincent Kalnin), wann eine Differenzierung von Asylbewerbern und Bewilligten sinnvoll sei, antwortet Frau Geisler, dass dies individuell anhand der Maßname erfolge.

Die Frage (Vincent Kalnin), warum das Thema Einheimischenbauland im Demografiekonzept aufgeführt sei, beantwortet Frau Schreiner insofern, dass dies eine gute Möglichkeit sei, Familien im Landkreis zu halten. Herr Kalnin sehe „schön hierzubleiben“ nicht als Argument und möchte mehr Augenmerk auf sozialen Wohnungsbau haben. Frau Geisler dazu, dass einige Gemeinden ihren Schwerpunkt mehr auf Einheimischenbauland legen, andere auf sozialen Wohnungsbau. Beides werde das Landratsamt unterstützen. Der Landrat ergänzt, dass gerade in kleineren Gemeinden mehr Einheimischenbauland angebracht sei als Geschosswohnungsbau. Der Landkreis sei seit Jahrzenten ein Vorreiter im sozialen Wohnungsbau. Der Sozialbericht und das Demografiekonzept sollen Themen beschreiben und anregen aber nicht vorschreiben.

Weitere Anregung (Barbara Bittner), die Adressen der Seniorenbeauftragten in den Gemeinden im Internet des Landratsamtes einzupflegen. Frau Geisler antwortet dazu, dass dies gerne gemacht werden könne, sofern es der Datenschutz zulasse.

Auf die Frage (Dr. Wilfried Seidelmann) zur Erläuterung des Begriffs DaF, antwortet Frau Simic, „Deutsch als Fremdsprache“ sei ein Studiengang, den u.a. sie abgeschlossen habe. Integrationskurse an den Volkshochschulen werden in der Regel von studierten, offiziell anerkannten Lehrkräften gegen Entgelt gehalten. Bei den Helferkreisen erfolge der Unterricht meist durch ehrenamtliche Lehrer aber es gäbe auch drei DaF-Lehrer im Landkreis. Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sei ein Aufbaustudiengang.

Der Landrat betont noch einmal, dass das Demografiekonzept ein fortlaufender Prozess sei, der weitergelebt und geprüft werden soll.

<u>Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss</u>:

1. **Der SFB-Ausschuss nimmt das Demografiekonzept zur Kenntnis.**

2. **Dem SFB-Ausschuss wird einmal jährlich über die Umsetzung der Maßnahmen und über die Tätigkeiten der Fachstellen in der Fachgruppe „Demografie“ berichtet.**

angenommen **gegen 1 Stimme**

TOP 7	Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine

TOP 8 Informationen und Bekanntgaben

An der Beratung nimmt teil: Stefanie Geisler, Leiterin Abteilung Soziales und Bildung

Der Landrat übergibt das Wort an Frau Geisler, die Folgendes bekanntgibt:

Zur Ermittlung der aktuellen Mietpreisobergrenzen sei im April 2015 ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Die aktuellen Zahlen werden voraussichtlich bis zum Herbst vorliegen.

TOP 8.1 Öffentliche Niederschrift des Zweckverbands Realschule Vaterstetten der Versammlung vom 31.03.2015

An der Beratung nimmt teil: Johannes Dirscherl, Leitung Sachgebiet Z 4–Abfallwirtschaft und Kreisstraßen

Die öffentliche Niederschrift zur Verbandsversammlung des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten vom 31.03.2015 wird den Mitgliedern des Kreisausschusses als Tischvorlage vorgelegt (*Anlage 5* zum Protokoll).

Der SFB-Ausschuss nimmt Kenntnis

TOP 9 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Keine

TOP 10 Anfragen

Keine

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:20 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.

Anlage 1 zum Protokoll

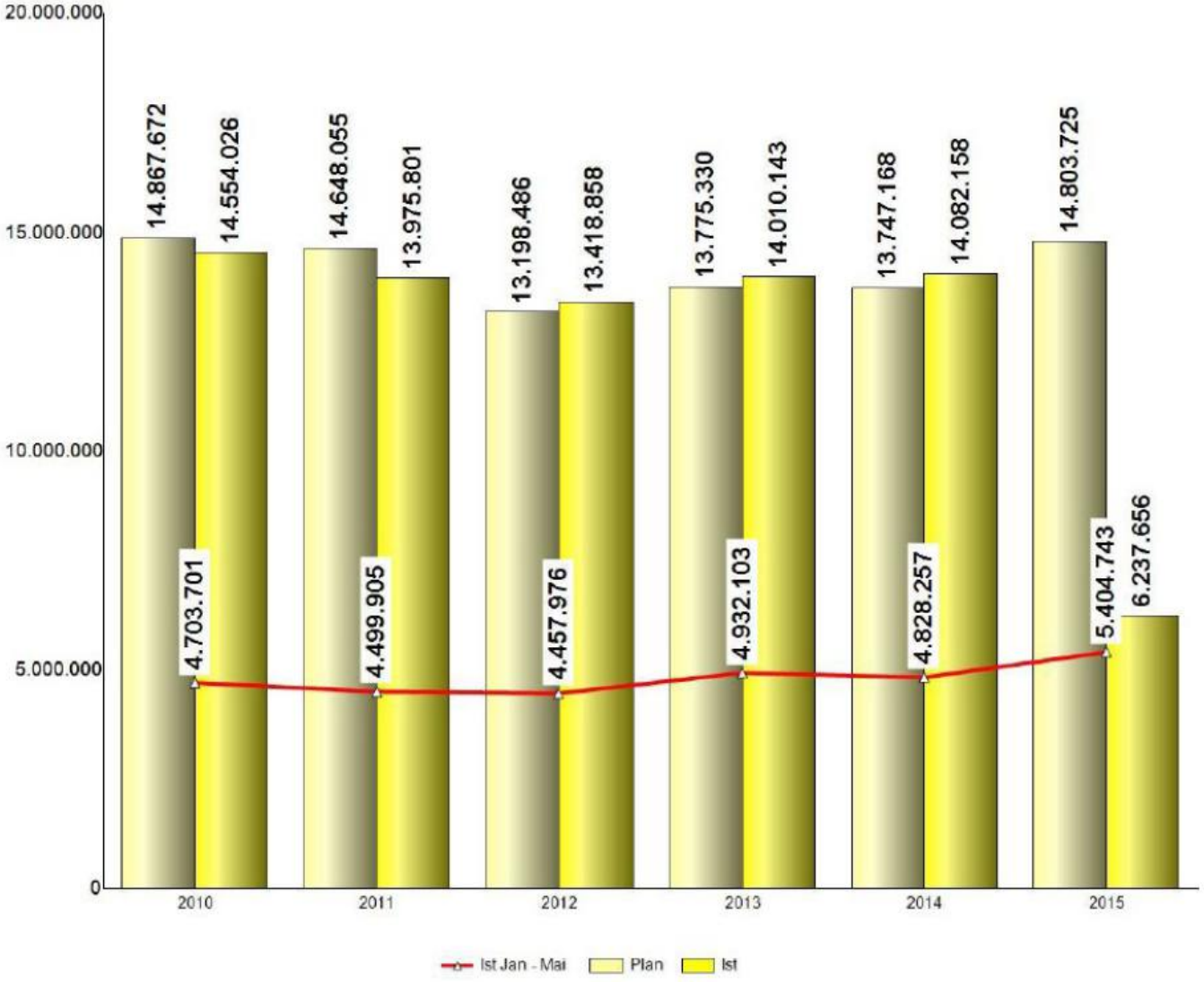
Landkreis Ebersberg

Finanzmanagement

SFB-Ausschuss am 01.07.2015, TOP 3 Ö:

Haushalt 2015; Zwischenbericht 2015 aus den Fachbereichen des SFB-Ausschuss

Gesamtüberblick – Cockpit (ohne Schulen)



Der Ansatz wurde gegenüber dem Vorjahr um knapp 1,2 Mio € erhöht.

Landkreis Ebersberg

Lineare Entwicklung zum 31.5.

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2008	28.28%	3,975,806	12,544,841	89.22%	10.78%
2009	30.07%	4,341,199	14,736,737	102.07%	-2.07%
2010	31.64%	4,703,701	14,554,026	97.89%	2.11%
2011	30.72%	4,499,905	13,975,801	95.41%	4.59%
2012	33.78%	4,457,976	13,418,858	101.67%	-1.67%
2013	35.80%	4,932,103	14,010,143	101.70%	-1.71%
2014	35.12%	4,828,257	14,082,158	102.44%	-2.44%
2015	36.48%	5,400,946	6,272,123		

Diese Tabelle zeigt die Planausschöpfung zum 31.5. eines Jahres bezogen auf den jeweiligen Planansatz dieses Jahres. Die Planausschöpfung liegt über allen Vorjahren. In den letzten 3 Jahren wurde der Plan bis zu 2,4 % überschritten.

Landkreis Ebersberg

Grund für hohe Planausschöpfung

Die Planung wurde gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio € angehoben.

Die hohe Ausschöpfungsquote zum 31.5.2015 liegt vor allem daran, dass der Freistaat Bayern die Kosten für Asyl noch nicht erstattet hat – die offenen Forderungen des Landkreises belaufen sich auf fast 1 Mio €.

Stand 1.7.2015: 1.249.576 €!

Geht man davon aus, dass diese Aufwendungen periodengerecht erstattet werden, kann die Planeinhaltung gelingen.

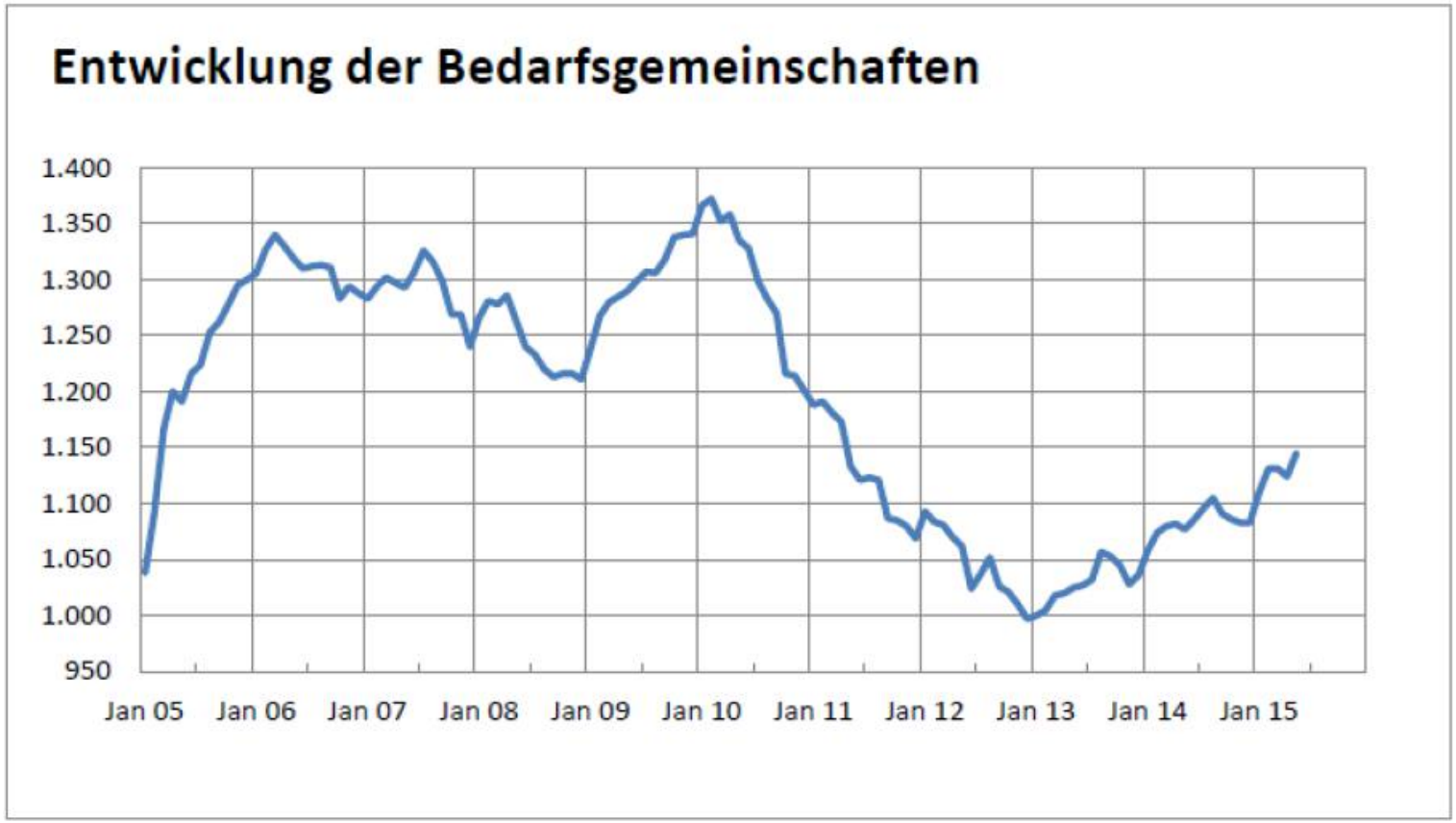
Die Sachgebiete

	Jan - Mai					Prognose
	Ist					
	2011	2012	2013	2014	2015	
110 Zentrale Angelegenheiten des Kreises	55.150	40.145	30.412	25.086	54.592	Planeinhaltung
116 Medienzentrum Ebersberg	36.685	45.633	42.209	37.174	44.546	Planeinhaltung
114 Sport und Gastschüler	142.552	320.374	542.780	257.294	239.561	Überschreitung 55.000
202 Familienbeauftragte (gültig bis 31.12.13)	20.914	20.493	20.325	0	0	jetzt bei 203
205 Gleichstellungsstelle (gültig bis 31.12.13)	-929	10.042	1.441	0	0	jetzt bei 203
203 Soziale Fachstellen				44.430	154.296	Überschreitung 55.000
210 Wohnungswesen, Ausbildungsförderung, Versicherungsangelegenheiten	152.773	137.436	111.765	210.820	111.504	Unterschreitung 75.000 €
220 Sozialamt - örtlicher Träger	1.443.863	1.519.206	1.815.329	1.487.421	1.115.173	Planeinhaltung
221 Sozialamt - überörtlicher Träger	1.484	22.157	8.285	62.428	-21.752	Planeinhaltung, nur Verrechnung
222 Asyl					969.790	große Unsicherheit, dezeit fast 1 Mio Überschreitung, Pers.Ko rd. 200.000 €
250 Jobcenter Ebersberg	2.102.892	1.859.297	1.915.641	2.076.334	2.198.081	Unterschreitung 115.000 €
310 Ausländer- und Personenstandswesen	153.760	141.475	156.418	149.714	153.788	Planeinhaltung
700 Fachabteilung 5, Gesundheit	-68.506	-73.581	-73.002	-60.282	-56.029	Überschreitung 20.000
710 Betreuungsstelle	73.122	75.087	78.099	81.608	98.601	Planeinhaltung
835 Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK)	371.476	241.854	201.825	351.012	308.053	Unterschreitung 30.000 €
870 Landwirtschaftsschule Ebersberg	14.670	2.362	12.343	596	1.544	Planeinhaltung
875 FOS/BOS Erding	0	95.996	68.233	104.621	29.199	Planeinhaltung
SUMME	**4.499.905**	**4.457.976**	**4.932.103**	**4.828.257**	**5.400.946**	rechnerisch Überschreitung 110.000 €

Begründungen SiVo Seite 4

Landkreis Ebersberg

Jobcenter Ebersberg (250)



Der Planung wurden 1.150 Bedarfsgemeinschaften zugrunde gelegt (Vorjahr: 1.080), aktuell wird mit einem Jahresdurchschnitt von 1.160 BG´s gerechnet.

Landkreis Ebersberg

Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU)

	KDU pro BG	Veränd. zum Vorjahr in %
2006	343,95 €	
2007	350,21 €	1,8%
2008	359,43 €	2,6%
2009	370,35 €	3,0%
2010	375,55 €	1,4%
2011	393,74 €	4,8%
2012	397,86 €	1,0%
2013	419,89 €	5,5%
2014	430,01 €	2,4%
01-05/2015	.....424,60 €	- 1,3 %

Planungsgrundlage liegt bei 442,90 €/ Mt. und wird beibehalten, Senkung in den ersten 5 Monaten 2015 ist noch nicht genau plausibilisiert (möglicherweise niedrigere Nebenkosten).

Landkreis Ebersberg

Problem: Eingliederungsmittel

Der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften ist auch auf die sehr niedrigen Mittel zurückzuführen.

2015 stehen nur noch 320.000 € zur Verfügung, vor 2 Jahren waren es noch über 1 Mio €.

Weil weniger Geld zur Verfügung steht, können Maßnahmenplätze nicht mehr belegt werden. Damit gehen Integrationen verloren.

Damit verbunden ist ein <u>marktunabhängiger Anstieg</u> der Zahl der BG´s.

PDI (Problemdruckindikator) muss verändert werden!

Landkreis Ebersberg

Problem: Bildung und Teilhabe – S. 4

2013 wurden für 150.000 € Leistungskosten, die an Berechtigte ausgezahlt wurden, 99.000 € Personalkosten eingesetzt!

2014 wurden für 155.000 € Leistungskosten, die an Berechtigte ausgezahlt wurden, 110.000 € eingesetzt!

Ist es wirklich gerechtfertigt, für so wenig Leistung so hohe Personalaufwendungen einzusetzen?

Hier ist politischer Handlungsbedarf gegeben!

Die Kostenträger

	Jan - Mai					Prognose
	Ist					
	2011	2012	2013	2014	2015	
1145 Gastschüler	70,027	217,615	431,543	76,402	156,434	1)
2231 Grundsicherung	899,786	924,482	1,001,587	372,444	474,668	2)
2511 Leistung für Unterkunft und Heizung	2,260,418	2,150,423	1,739,592	2,009,522	2,056,925	3)
Summe	**3,230,231**	**3,292,520**	**3,172,721**	**2,458,368**	**2,688,027**	

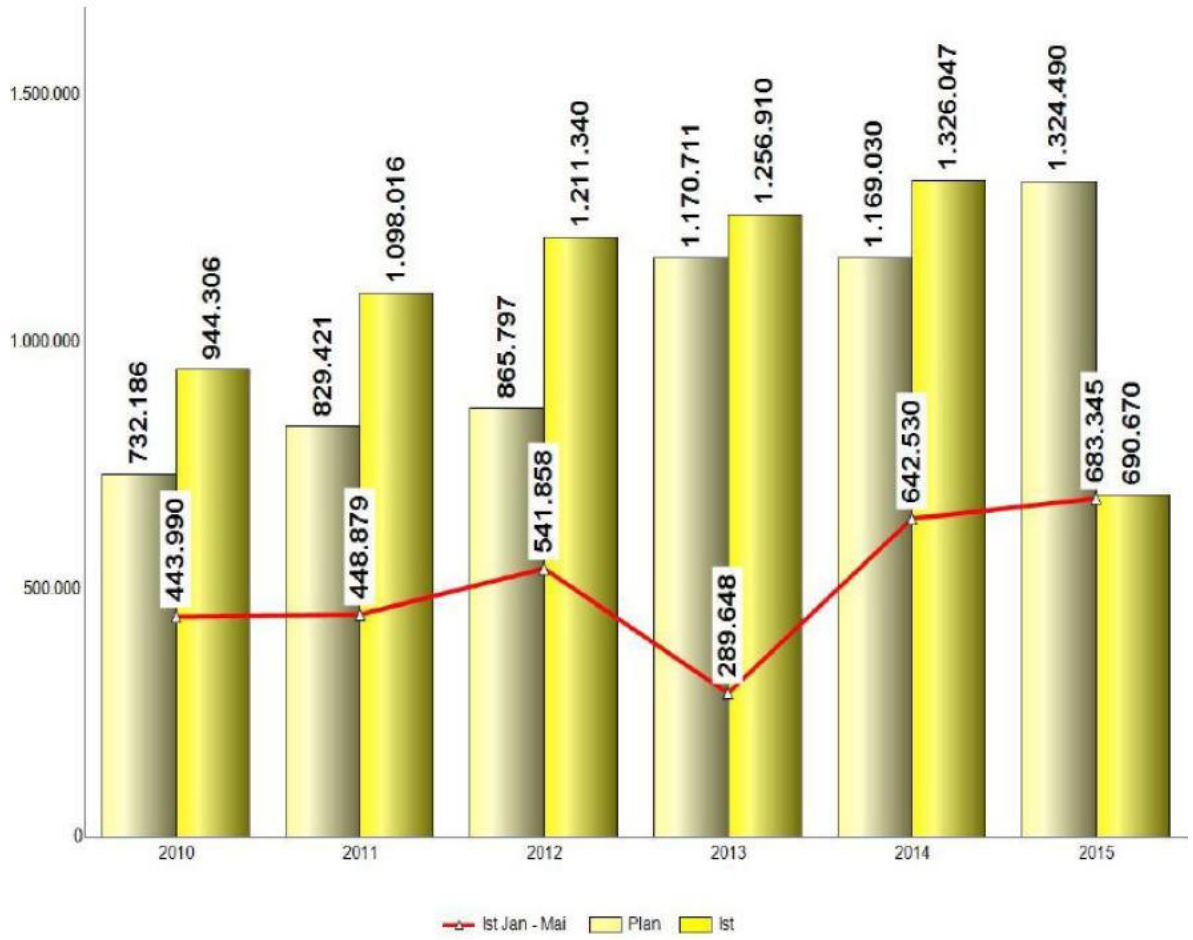
Diese 3 Produkte beanspruchen 2015 insg. 65 % des gesamten Budgets des SFB-Ausschusses.

Kosten der Grundsicherung in Höhe von 2,4 Mio € im Jahr 2015 werden komplett vom Bund übernommen.

Begründungen Seite 7.

Landkreis Ebersberg

Schulen mit Budgetvereinbarung



Unauffälliger Ausgabenstand.

Landkreis Ebersberg

Entwicklung der Büchergeldrücklagen

	Büchergeldrücklage zum			
	31.05.2012	31.05.2013	31.05.2014	31.12.2015
119 Schulen				
820 Realschule Ebersberg	-42,084	-32,723	-32,723	-25,131
830 Realschule Markt Schwaben	-56,914	-74,327	-74,327	-95,404
833 Realschule Poing				
840 Gymnasium Grafing	0	3,178	3,178	-3,489
850 Gymnasium Vaterstetten	-23,622	-60,674	-60,674	-80,993
860 Gymnasium Markt Schwaben	-17,417	-17,187	-17,187	-21,181
865 Gymnasium Kirchseeon				-17,133
880 Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing	-21,600	-19,508	-19,508	-17,825
890 Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing	-5,022	-6,681	-6,681	-8,991
SUMME	**-166,659**	**-207,923**	**-207,923**	**-270,148**

Diese Rücklagen sind zweckbestimmt und werden für Bücherkäufe verwendet. Sie werden Zug um Zug aufgelöst, falls die planmäßig bereitgestellten Mittel nicht ausreichen.

Landkreis Ebersberg

Entwicklung der allg. Rücklage

	Allgemeine Budgetrücklage zum			
	31.05.2012	31.05.2013	31.05.2014	31.05.2015
119 Schulen				
820 Realschule Ebersberg	-32,597	-27,694	-27,694	-30,694
830 Realschule Markt Schwaben	-20,718	-24,310	-24,310	-18,706
833 Realschule Poing		-3,000	-4,023	-5,023
840 Gymnasium Grafing	-53,891	-63,891	-54,525	-57,525
850 Gymnasium Vaterstetten	-5,000	-14,791	-14,791	-14,791
860 Gymnasium Markt Schwaben	-19,951	-9,586	-9,586	-9,185
865 Gymnasium Kirchseeon				-4,000
880 Sonderpädagogisches Förderzentrum Grafing	-13,653	-15,653	-15,653	-15,653
890 Sonderpädagogisches Förderzentrum Poing	-8,889	-10,889	-10,889	-13,889
SUMME	**-154,699**	**-169,815**	**-161,472**	**-169,468**

Seit 2011 werden diese Budgetrücklagen zum Ausgleich von Überschreitungen in der Ergebnisrechnung herangezogen, sie sind recht stabil.

Falls es keine Budgetrücklagen gibt, muss der SFB-Ausschuss über die Anwendung der Härtefallregelung beraten. Diese musste bisher nicht angewandt werden.

Landkreis Ebersberg

Bewertung Jahresergebnis 2015 Auswirkungen auf den Haushalt

Nach den Rückmeldungen wird die Budgeteinhaltung zwar nicht ganz gelingen (Überschreitung 110.000 €).

Nach den Erfahrungen des Finanzmanagements kann die Planeinhaltung dennoch gelingen, wenn die Kostenerstattungen Asyl vom Freistaat Bayern periodengerecht verbucht werden können.

Beschlussvorschlag

Dem SFB-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Auch im nächsten Jahr ist dem SFB-Ausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.

Anlage 2 zum Protokoll TOP 4 ö

Landratsamt Ebersberg

Abteilung S
Bildung und Soziales

SFB-Ausschuss
01.07.2015

Vorstellung der neuen Inklusionsbeauftragten und Leiterin der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus

-

Bericht über die regionale Gesundheitskonferenz

Inklusion und Gesundheitsregion plus

- Nachbesetzung der Inklusion

- Erstbesetzung der Leitung der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion
    - Landkreis seit 1. Juni 2015 ausgezeichnet
    - Eine von 24 Kommunen in Bayern

→ Besetzung zum 15. Juni 2015 mit Frau Martina Rettenbeck

Vorstellung Inklusionsbeauftragt und Leitung Geschäftsstelle Gesundheitsregion plus

Martina Rettenbeck

Was bringe ich mit?

Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten

B.A. Nonprofit-, Sozial- und Gesundheitsmanagement
Schwerpunktthema: Ärztemangel

Kontaktdaten:
Telefon: 08092/823- 274
Telefax: 08092/823-9274
E-Mail: martina.rettenbeck@lra-ebe.de

Regionale Gesundheitskonferenz am 16. Juni 2015

- 160 Teilnehmer aus vielen Berufsgruppen
- Vorstellung der Idee der Gesundheitskonferenz
- Darstellung der Gesundheitsregion^{plus}
- Themensammlung für das Gesundheitsforum am 15. Juli 2015

Regionale Gesundheitskonferenz

Drei Modellregionen dienten als Pilotregionen

- Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen
- Stadt und Landkreis Bamberg
- Planungsverband Südostbayern
  - Landkreise Mühldorf, Altötting, Traunstein, Rosenheim, Berchtesgadener Land
  - Kreisfreie Stadt Rosenheim

Regionale Gesundheitskonferenz

Ziele:

- Plattform und Austausch regionaler Akteure
- Koordination und Kooperation
- Initiierung eines Netzwerkes

→Verbesserung des Gesundheitswesens der Region
→Umsetzung und Planung von Maßnahmen

Regionale Gesundheitskonferenz

- Gesundheit als wichtiges Querschnittsthema
- Präventionscharakter
- Einbindung in das Demografische Gesamtkonzept
- Erarbeitung von Handlungsfeldern für die Optimierung der „Gesundheitslandschaft“ im Landkreis Ebersberg

Gesundheitskonferenz Ebersberg

- Zweiteilig
  - Informationsveranstaltung
    - →Informationen zum Konzept
    - →Kennenlernen der Akteure
    - →Themensammlung

16. Juni

  - Gründungsveranstaltung „Gesundheitsforum“
    - →Identifizieren und Priorisieren von Themen
    - →Verabschiedung einer Geschäftsordnung
    - →Erstellung eines Handlungsplanes

15. Juli

- Optimierung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung
- Gremium aus regionalen Akteuren, um die Strukturen zu verbessern

Gesundheitskonferenz Ebersberg

Themenvorschläge / Verabschiedung am 15. Juli 2015

- Seniorenversorgung, inkl. Information von Angehörigen
- Nachfolgeproblematik bei ÄrztInnen
- weitere Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Kreisklinik und niedergelassenen Ärzten
- Gesundheitsversorgung
- Prävention
- Gesundheit nach Lebensphasen, Zielgruppen
- Psychische Gesundheit

Gesundheitskonferenz Ebersberg

LK EBE seit 1. Juni 2015
Gesundheitsregion^{plus}

- **<u>Ziel</u>:** Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung und Erhöhung der Lebensqualität

- Netzwerk regionaler Akteure des Gesundheitswesens sollen die regionale Vorsorge und Versorgung optimieren.

- Bestehende Gesundheitsregionen / - konferenzen sollen überführt werden.

Gesundheitsregion plus - Modalitäten

Mitwirkende:

- Geschäftsstelle im Landratsamt Ebersberg

- Einrichtung eines Gremiums „Gesundheitsforum“
  - Regionale Akteure
  - unterstützt Geschäftsstelle
    - →Dieses Gremium wird am 15. Juli 2015 gegründet
    - →Dadurch auch Überführung der Gesundheitskonferenz in die Gesundheitsregion plus

➡ Beide erstellen einen jährlichen Umsetzungsplan als Planungsgrundlage

Gesundheitsregion plus - Modalitäten

Geschäftsstelle

- Koordination und Organisation
- Vorbereitung der Sitzungen
- Informationstransfer
- Öffentlichkeitsarbeit
- Erstellung einer IST-Analyse
- Überwachung des Umsetzungsplanes

Gesundheitsregion plus - Modalitäten

Gesundheitsforum

- Gemeinsame Festlegung der Handlungsfelder und Maßnahmen für den jährlichen Umsetzungsplan
- Vorbereitung und Initiierung von Arbeitsgruppen
- Identifizierung von regionalen Problemen
- Definition von Umsetzungsvorschlägen an die Politik und Träger usw.

Gesundheitsregion plus - Modalitäten

4 Arbeitskreise gesetzt:

- Gesundheitsförderung und Prävention – Schwerpunkt Kindergesundheit
- Gesundheitsvorsorge: Struktur
- Psychische Gesundheit
- Senioren

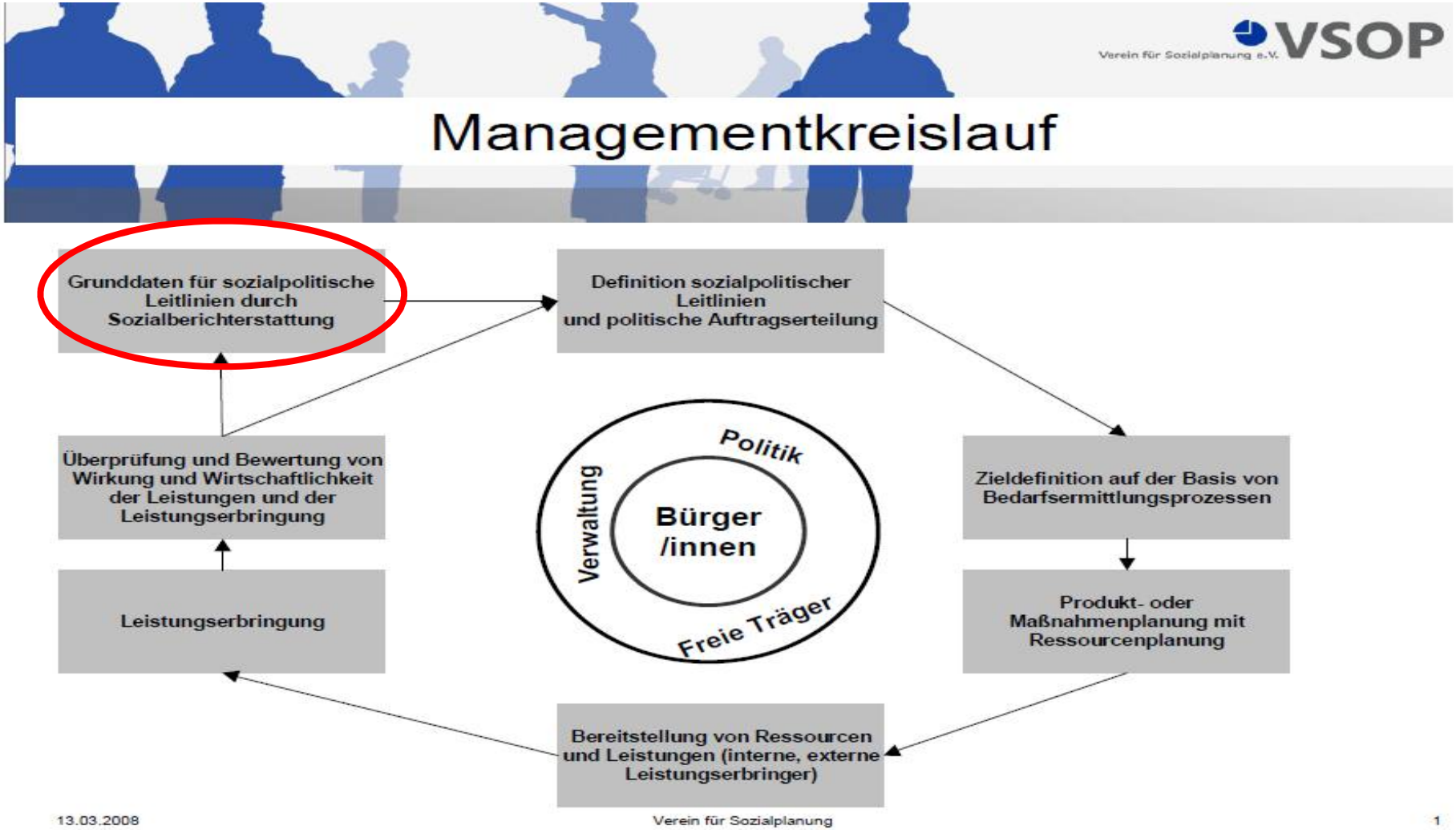
Inklusion und Gesundheitsregion plus

Beschlussvorschlag:

Der SFB-Ausschuss nimmt Kenntnis.

Vorstellung des 1. Sozialberichtes des Landkreises Ebersberg

Managementkreislauf Sozialplanung



Sozialbericht

„Grundlage jeder Planung ist die Erhebung und Auswertung von differenzierten und relevanten Daten, die die soziale Lage der Bevölkerung, die Sozialstruktur sowie die Infrastruktur abbilden sollen. Dadurch wird Transparenz über die Ausgangslage geschaffen und der Fokus für eine professionelle Zieldiskussion gelegt.“

(Jordan/Schone 2010; Handbuch Jugendhilfeplanung)

Vor diesem Hintergrund **soll** der vorliegende Sozialbericht …

- Diskussionsgrundlage sein
- die soziale Lage im Landkreis Ebersberg dokumentieren
- Entwicklungen (u.a. durch Vergleiche mit anderen Regionen) aufzeigen
- den Blick auf absehbare Trends lenken
- als Anhaltspunkt für Interventionen dienen

Sozialbericht

Der Sozialbericht **kann nicht** …

- die soziale Lage vollständig abbilden
- die gesamte soziale Infrastruktur im Landkreis Ebersberg abbilden
- alle sozialen Themenbereiche und Aspekte in der ihnen gebührenden Tiefe und Komplexität behandeln

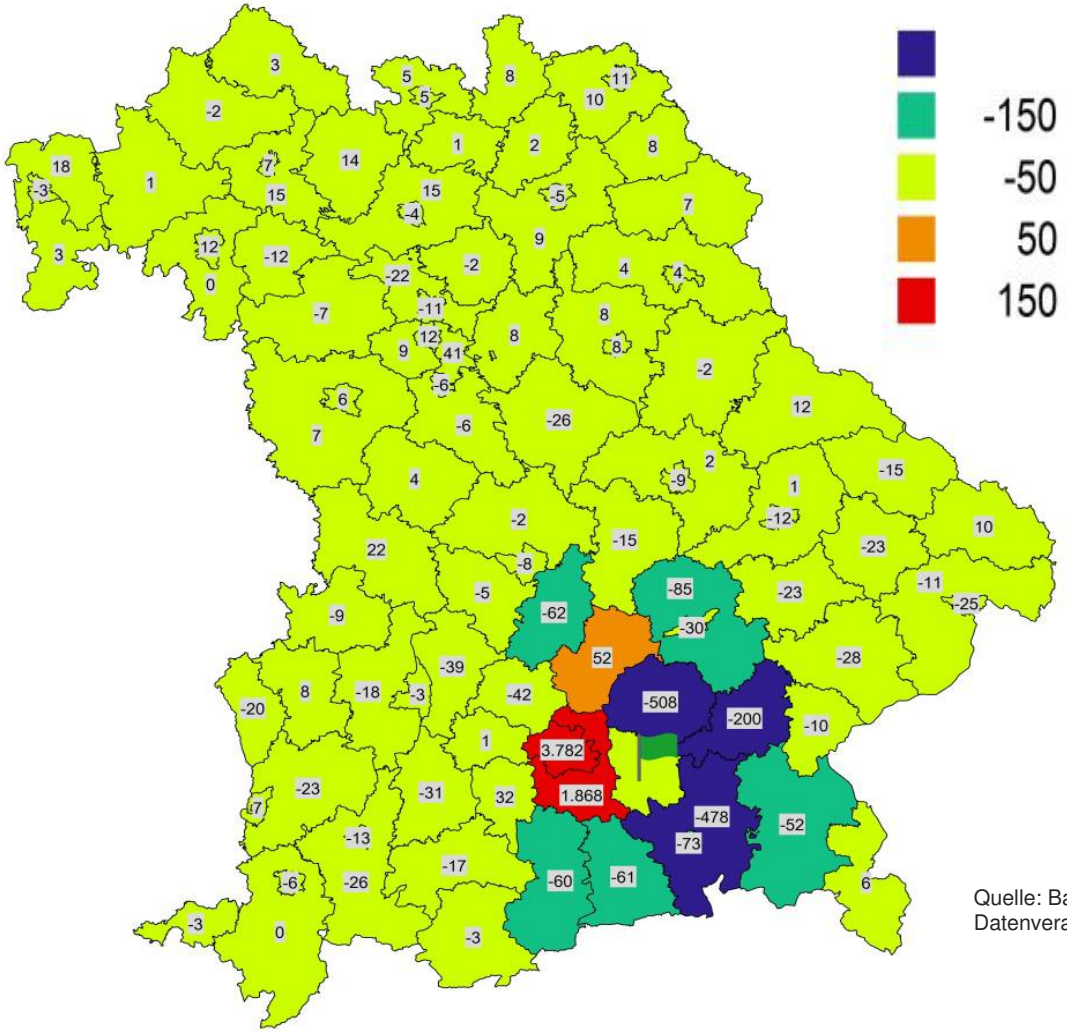
→ Deshalb bedürften einige Themen und Sachlagen sicherlich einer tiefergehenden Analyse an anderer Stelle

Demografie und Haushaltsstruktur

- Sehr heterogene Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur (Nord-West ←→ Süd-Ost)
- zunehmende „Dekonzentration“ des Bevölkerungs-Wachstums von der Stadt München auf das Umland → im Landkreis starkes Bevölkerungswachstum durch Zuzug von vor allem Familien aus der Landeshauptstadt München
- Gleichzeitig steigende Tendenz hin zu immer mehr Abwanderung in weiter von München entfernte Gebiete
- Vergleichsweise hohe Geburtenrate
- Absolute Zahl sowie relativer Anteil von ausländischen Staatsangehörigen/ Menschen mit Migrationshintergrund in letzten Jahren stark steigend
- Ausländeranteil im bayerischen Durchschnitt (ca. 10%), der Großteil davon aus dem EU-Ausland
- Altersstruktur allgemein wie im Rest Bayerns: Demografischer Wandel bereits jetzt spürbar → absolute Zahl und relativer Anteil der älteren (65+) Menschen stark steigend
- Sehr hoher relativer Anteil an Kindern und Jugendlichen in der Bevölkerung
- Altersstruktur ausländischer Staatsangehöriger durchschnittlich deutlich jünger → Zuzug aus Gründen der Erwerbstätigkeit

Demografie und Haushaltsstruktur

Abbildung 22: Wanderungssaldo Landkreis Ebersberg nach Bevölkerungsgewinn und –Verlust (2009-2013)

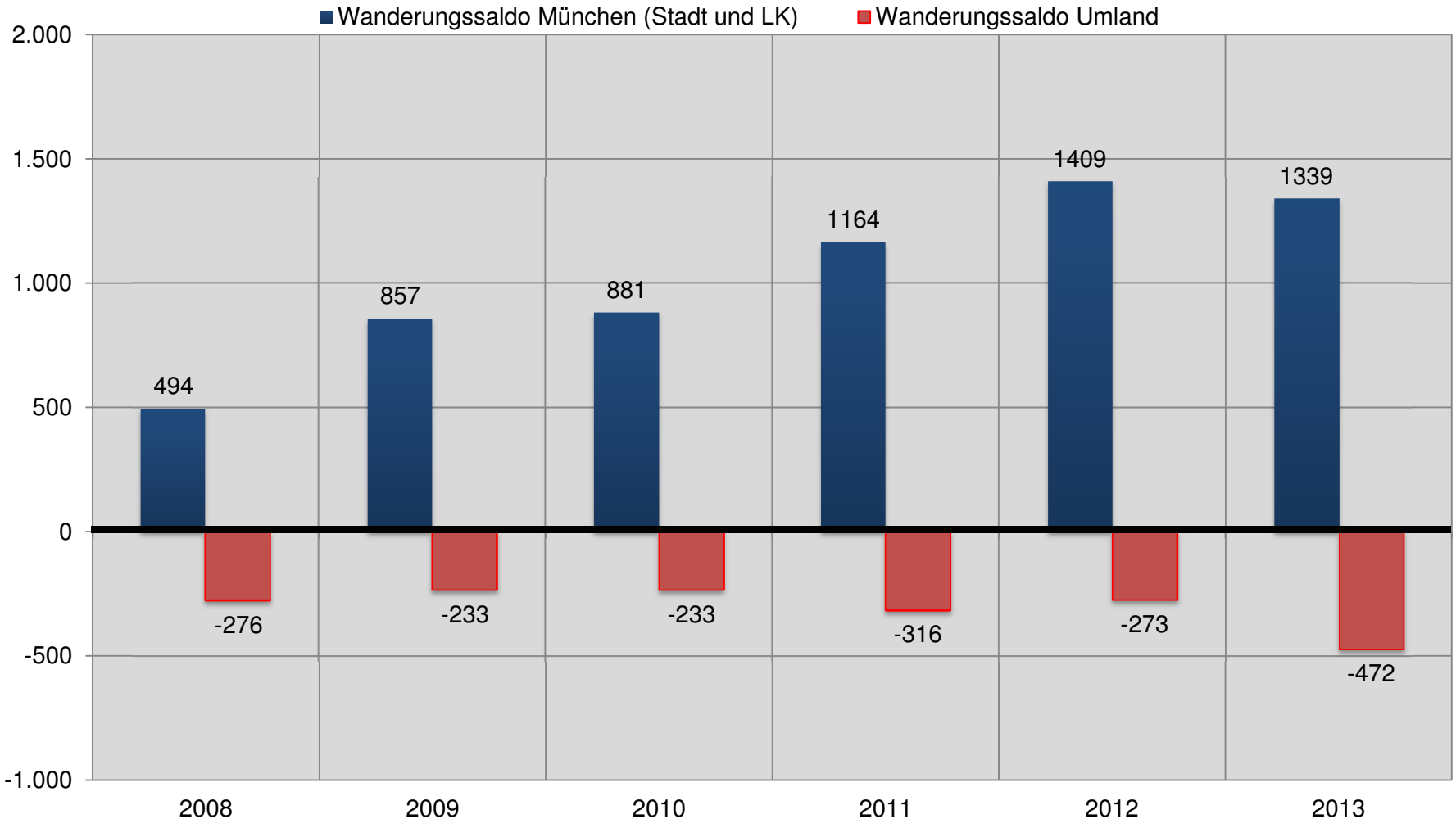


		bis unter	-150	(3)
	-150	bis unter	-50	(6)
	-50	bis unter	50	(84)
	50	bis unter	150	(1)
	150	oder mehr		(2)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Demografie und Haushaltsstruktur

Abbildung 23: Wanderungssaldo Landkreis Ebersberg-München-Umland



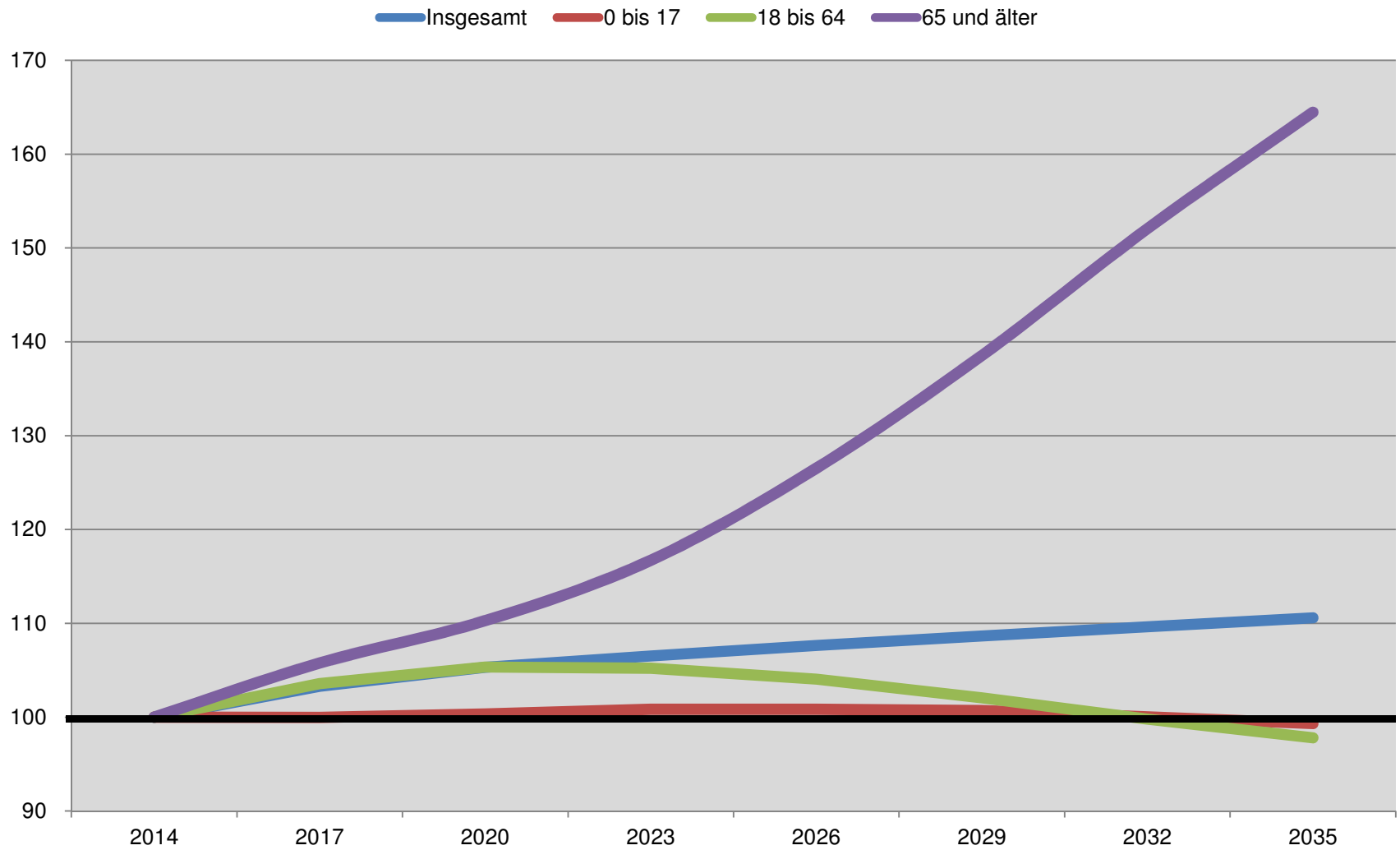
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Demografie und Haushaltsstruktur (Ausblick)

- weiterhin starkes Bevölkerungswachstum, vor allem in Gemeinden mit Bahn-Anbindung → Grund dafür ist nach wie vor der Zuzug
- Absolute Zahl der Kinder und Jugendlichen mittelfristig (bis 2034) auf etwa gleichbleibendem Niveau
- Absolute Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65 Jahre) bis 2034 auf etwa gleichbleibendem Niveau
- Zahl der älteren Menschen (ab 65 Jahre) wird sehr stark steigen, besonders die Zahl der über 80-Jährigen → starke Verschiebung der Altersstruktur
- Zahl der ausländischen Staatsangehörigen/ Menschen mit Migrationshintergrund wird voraussichtlich weiter steigen
- Anteil der Single- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten wird voraussichtlich weiter zunehmen („*Individualisierung*“)
- Das traditionelle Familienbild (Vater, Mutter, Kind(er)) wird voraussichtlich immer mehr an Bedeutung verlieren und andere Familienformen an Bedeutung gewinnen („*Pluralisierung*“)

Demografie und Haushaltsstruktur

Abbildung 54: Entwicklung der Altersgruppen bis 2035 (Index: 2014=100)



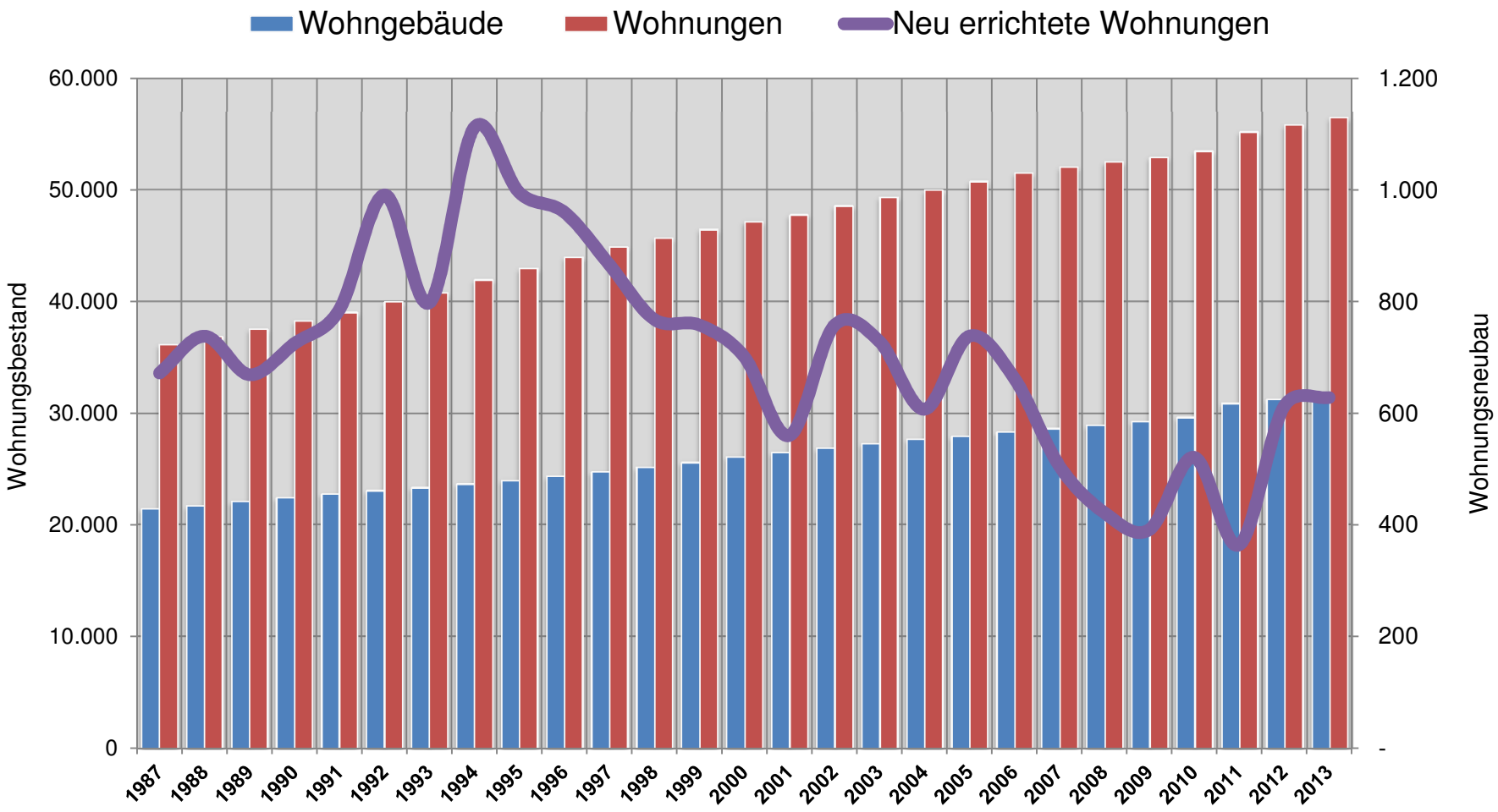
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Wohnen

- Wohnraum im Landkreis Ebersberg ist sehr knapp und teuer
- Große Heterogenität in der Bebauungsstruktur auf Gemeindeebene
- Wohnungsbau in letzten Jahren rückläufig, zuletzt wieder steigende Tendenz
- Relativ hohe Neubautätigkeit im bayernweiten Vergleich
- Tendenz bei Neubau hin zu kleineren Wohnungen (weniger Räume)
- Wohnfläche pro Einwohner seit Jahrzehnten steigend
- Relativ hoher Mieteranteil im Landkreis Ebersberg
- Nach München und Starnberg im Landkreis Ebersberg allgemein höchstes Miet- und Kaufpreisniveau für Wohnraum im Landkreis

Wohnen

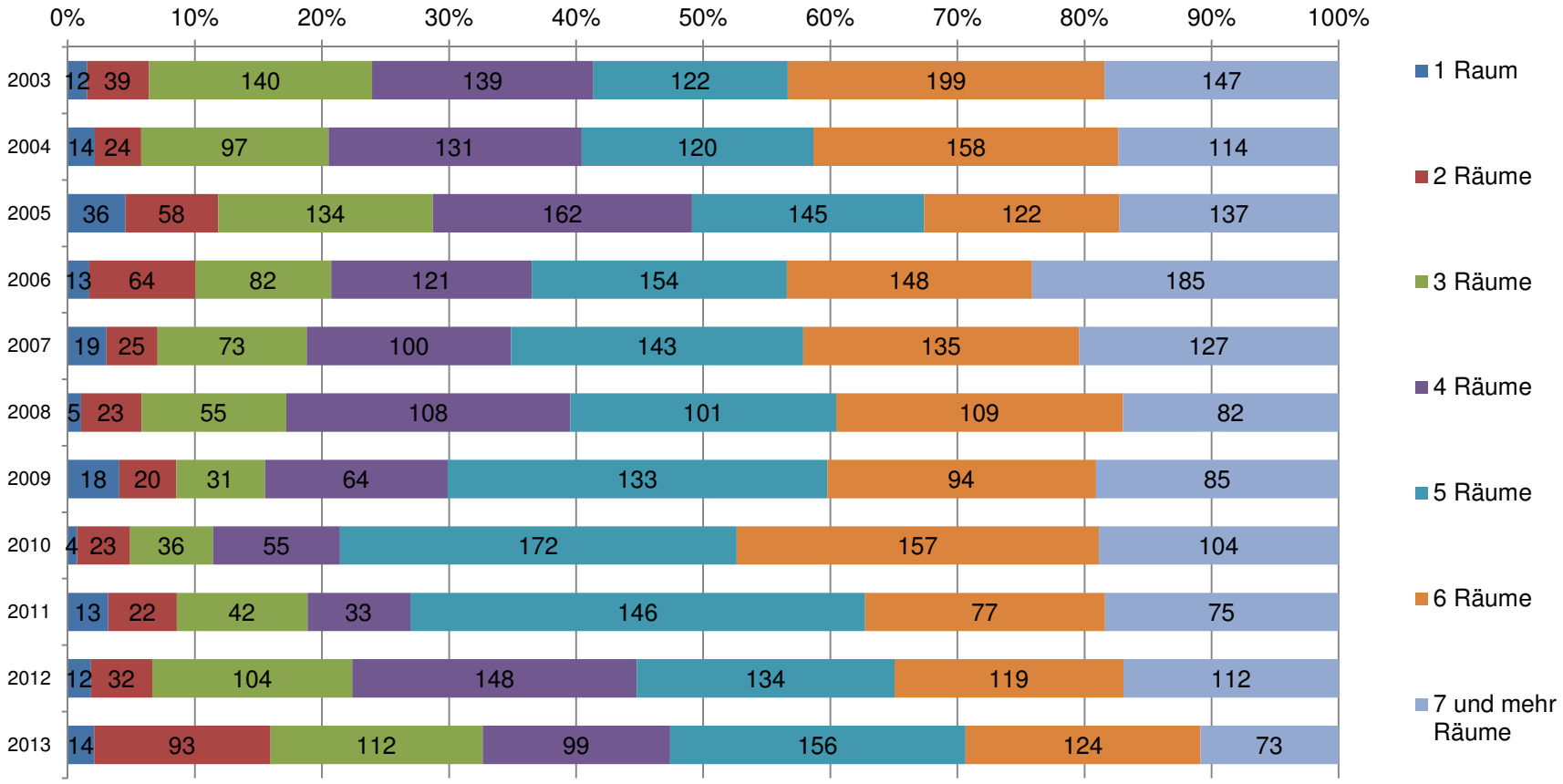
Abbildung 73: Entwicklung des Wohnungsbestands



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Wohnen

Abbildung 79: Entwicklung der Wohnungsfertigstellungen nach Zahl der Räume



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Wohnen (Ausblick)

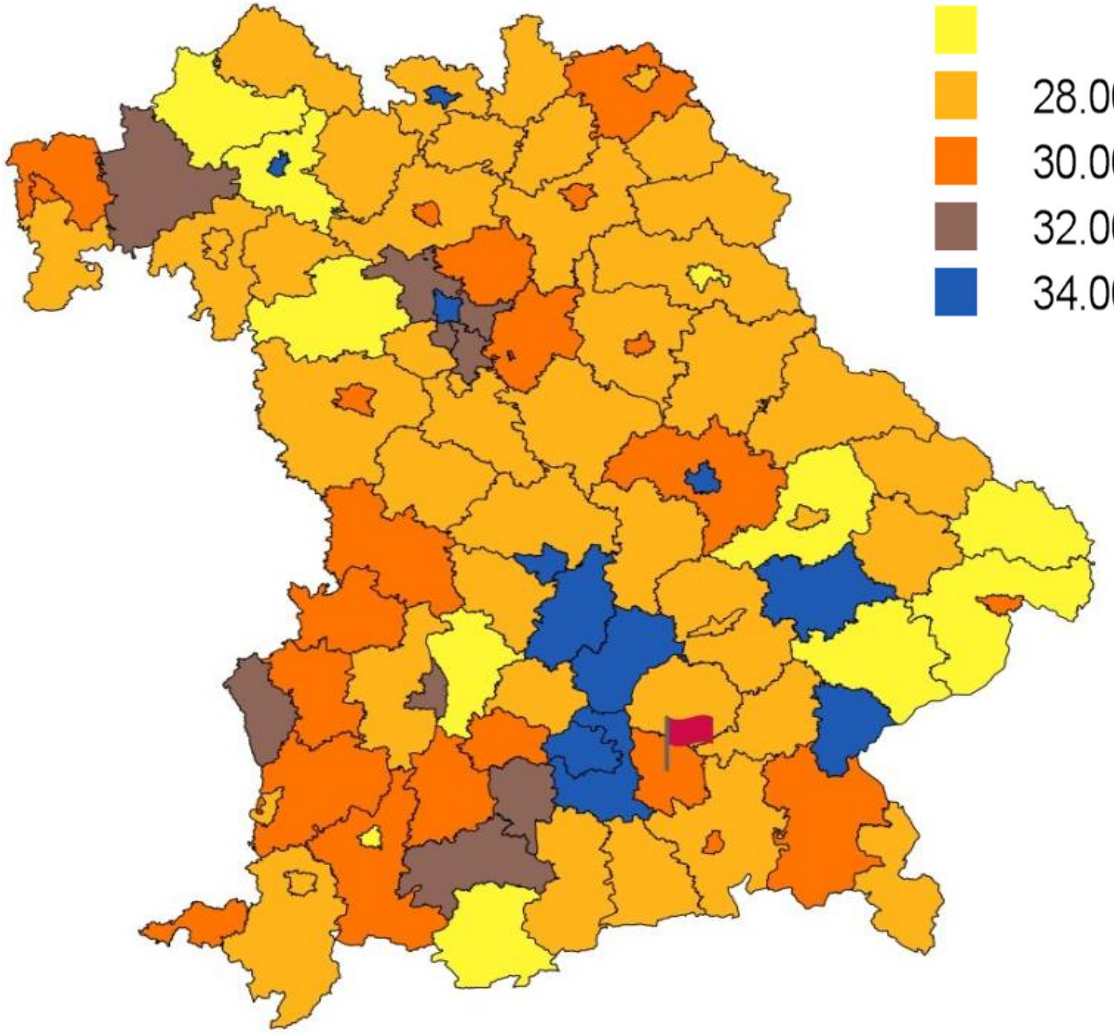
- weiterhin starke Nachfrage nach Wohnraum, u.a. auch durch mehr Single- und Zweipersonenhaushalte → noch stärkere „Dekonzentration“ der Siedlungsaktivität von der Stadt München hin ins Umland
- Hoher Siedlungsdruck → Nachverdichtung sowie Ausweisung weiterer Baugebiete werden für die meisten Gemeinden in Zukunft eine Rolle spielen
- Auf absehbare Zeit steigende Preise für Wohnraum in der Region München und dem Landkreis Ebersberg
- Preise für Wohnen werden für sozioökonomisch schwächere Gruppe zunehmend unerschwinglich werden → Wegzug in weniger teure Gebiete

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Sehr stabiler Arbeitsmarkt; Vollbeschäftigung, sehr geringe Arbeitslosenquoten (< 3 %)
- Anteil Erwerbstätige im Dienstleistungssektor seit Jahren steigend (v.a. durch zunehmende Erwerbstätigkeit Frauen)
- Hohe Nachfrage im Landkreis nach Fachkräften in allen Fachbereichen und Branchen
- Geringe Wertschöpfung und Einkommen von Erwerbstätigen im LK EBE
- Zahl der SVB mit Arbeitsort im LK EBE steigend (→ Wirtschaft im LK profitiert von Wachstum)
- Zahl der SVB mit Wohnort im LK EBE noch stärker steigend
- Immer höherer Anteil SVB in Teilzeit und mit ausländischer Staatsangehörigkeit; Durchschnittsalter steigend; immer öfter akademischer Bildungsabschluss oder anerkannter Berufsabschluss, immer seltener kein Berufsabschluss
- Beschäftigtenquote insgesamt sowie Frauenbeschätigtenquote vergleichsweise hoch
- Extrem hoher Auspendleranteil, Großteil davon nach München; relativ hoher Einpendler-Anteil (für einen Landkreis)
- Immer mehr Menschen mit geringfügiger Beschäftigung im Nebenjob („*working poor*“) → überdurchschnittlich häufig Frauen, Ausländer und Geringqualifizierte

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Abbildung 119: Durchschnitts-Bruttolöhne je Arbeitnehmer in Euro (2012)



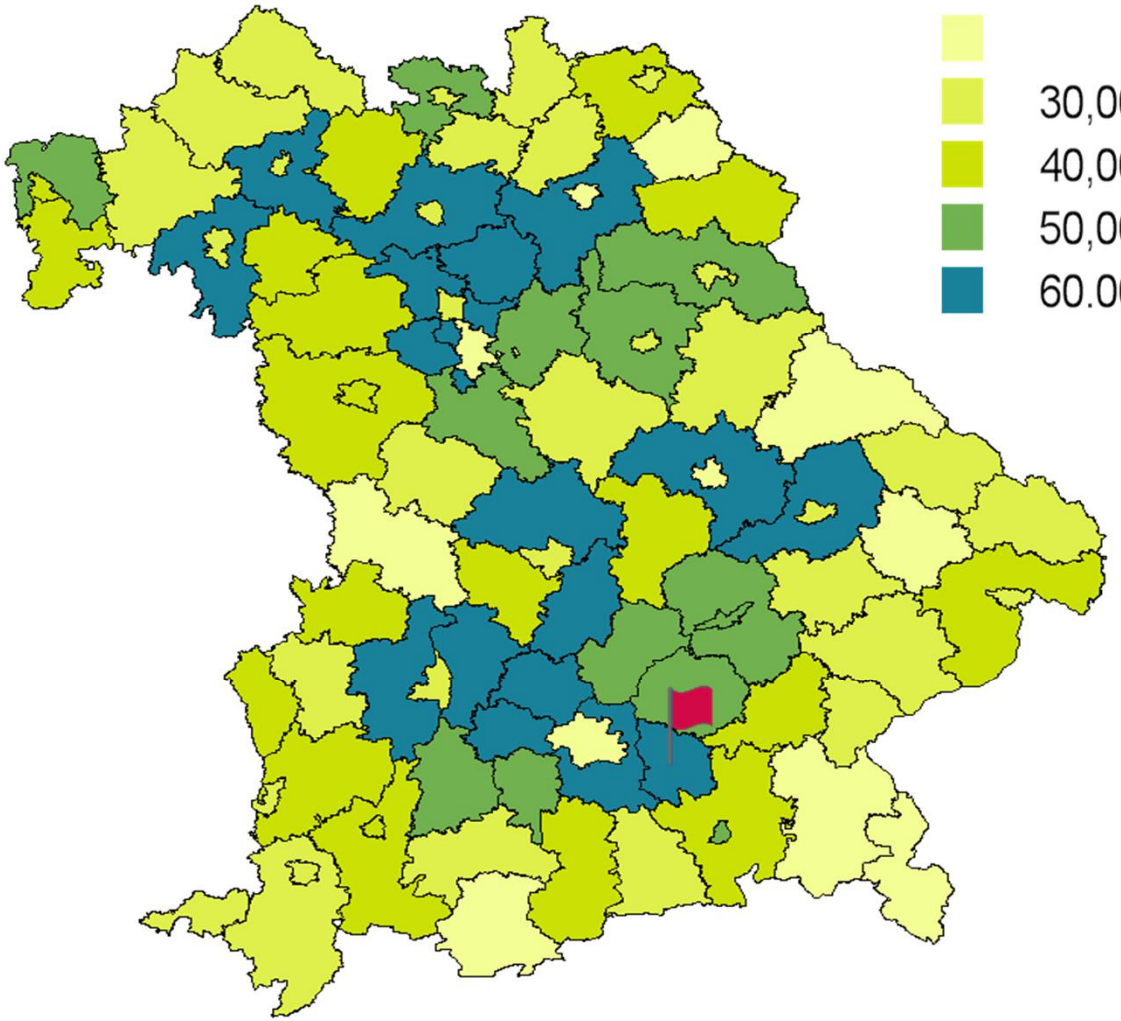
		bis unter	28.000	(11)
	28.000	bis unter	30.000	(44)
	30.000	bis unter	32.000	(22)
	32.000	bis unter	34.000	(8)
	34.000	oder mehr		(11)

- **Landkreis Ebersberg: 30.263** €
- Höchster Wert: Stadt Erlangen (41.167 €)
- Niedrigster Wert: Stadt Weiden i.d.OPf. (26.111 €)
- Durchschnitt in Bayern: 32.274 €
- Durchschnitt in Oberbayern: 34.728 €

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Abbildung 145: Auspendlerquoten Bayern (30.06.2013)



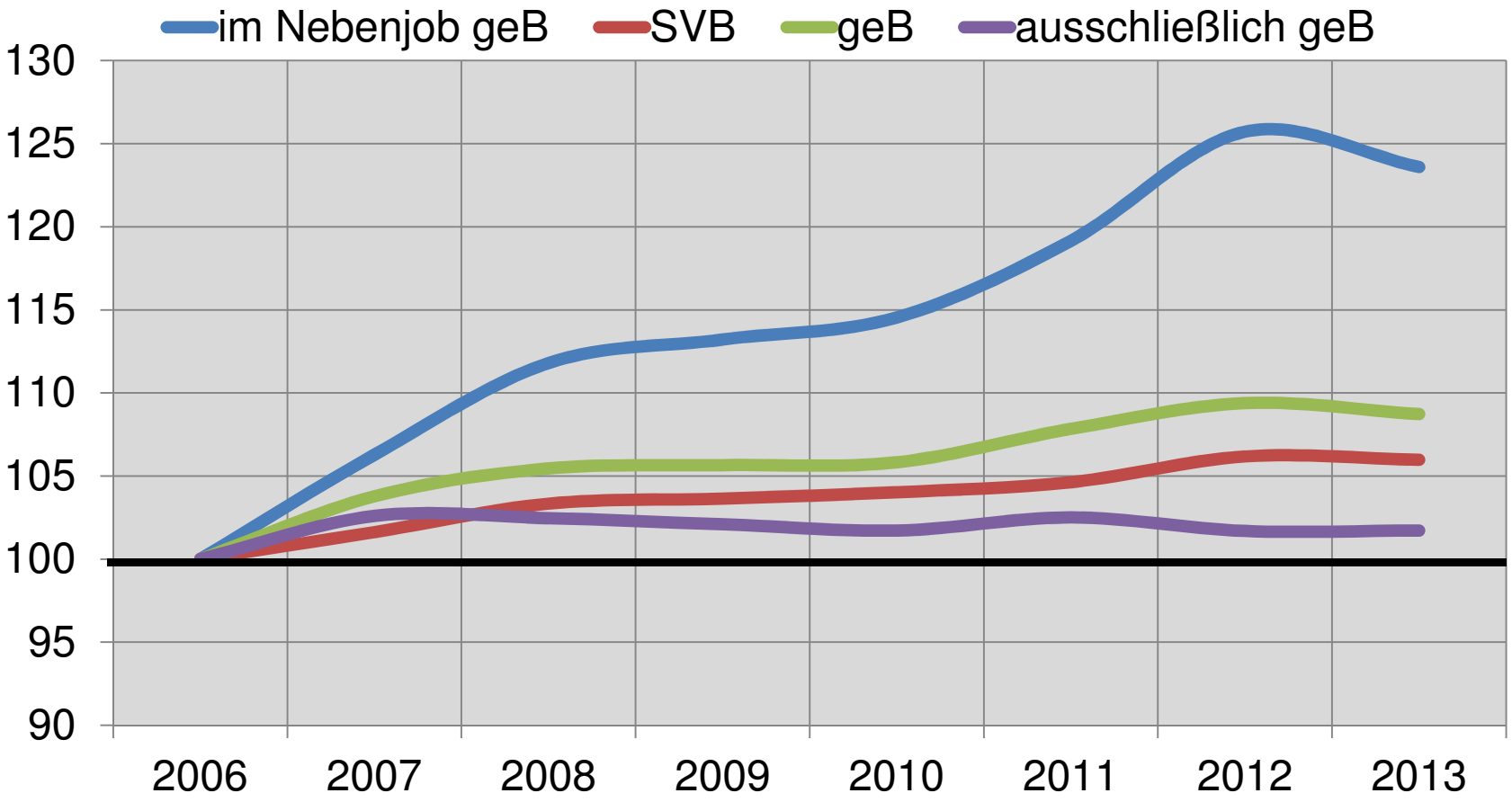
		bis unter	30,00	(11)
	30,00	bis unter	40,00	(33)
	40,00	bis unter	50,00	(20)
	50,00	bis unter	60,00	(13)
	60.00	oder mehr		(19)

- **Landkreis Ebersberg: 69,83 %**
- Höchster Wert: Landkreis Fürth (75,88 %)
- Niedrigster Wert: Landkreis Berchtesgadener Land (17,76 %)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Abbildung 156: Entwicklung der SVB und geringfügig Beschäftigten am Wohnort im Zeitverlauf (Index: 2006=100)



Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Ausblick)

- Voraussichtlich weiterhin steigende Beschäftigtenzahlen und geringe Arbeitslosigkeit in der Region München
- weiterhin steigendes Qualifikationsniveau auf dem Arbeitsmarkt → noch geringere Chancen von gering Qualifizierten oder Personen ohne Schulabschluss bzw. Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt
- Voraussichtlich weitere Steigerung der (Frauen-) Beschäftigtenquote (Entwicklung u.a. eng geknüpft an Kindertagesbetreuungssituation)
- weitere Verschärfung der Situation von fehlenden Arbeitskräften in allen Fachbereichen, insbesondere im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsbereich sowie den MINT-Berufen

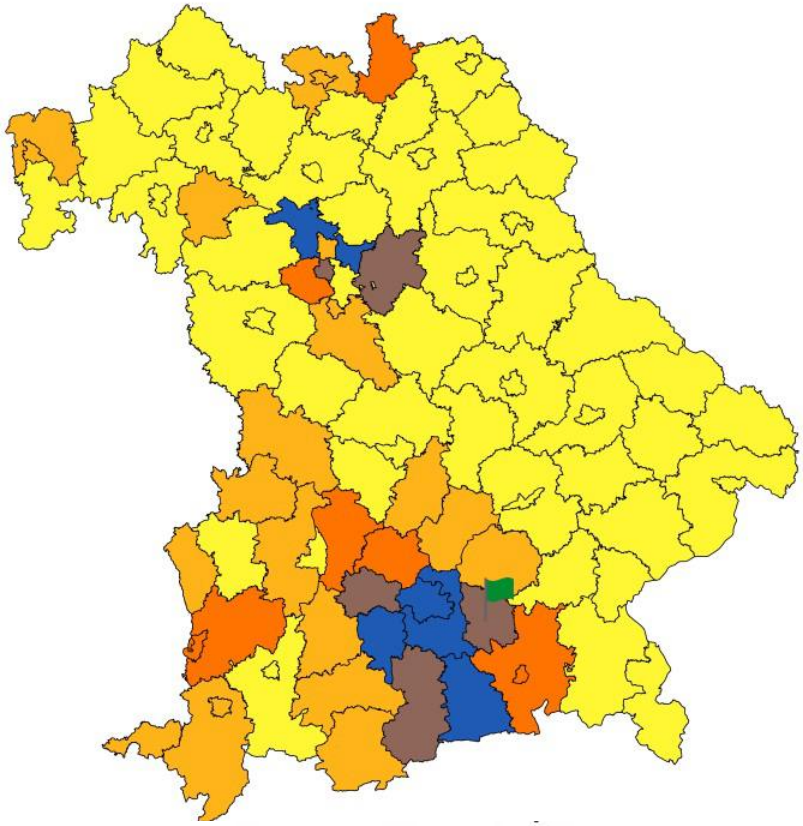
Einkommen und Sozialleistungen

- Immer stärkeres Auseinanderklaffen zwischen Arm - Reich
- Sehr hohe Durchschnittseinkommen und Kaufkraft der Bevölkerung im LK EBE
- Relativierung der hohen Kaufkraft und Einkommen durch sehr hohe Lebenshaltungskosten in der Region München
- Niedrige SGB-II-Quoten; Alleinerziehende und Haushalte mit mehr als 3 Kindern sowie ausländische Staatsangehörige leben häufiger in SGB-II-Bezug
- Relativ geringe Grundsicherungs-Quoten, Tendenz in den letzten Jahren jedoch steigend; Frauen häufiger betroffen
- In den letzten Jahren stark steigende Fallzahlen von Obdachlosigkeit
- Überlagerung messbarer sozialer Problem- und Armutslagen in bestimmten Gemeinden (v.a. Kirchseeon, Markt Schwaben, Ebersberg) → mögliche Erklärung ist spezifische Form der Bebauung (höherer Anteil an günstigerem Geschosswohnungsbau)
- Armut und soziale Problemlagen sind im LK in ihrem vollen Ausmaß nicht durch amtliche Statistiken abbildbar → Gespräche mit Fachstellen von extremer Wichtigkeit → immer mehr Menschen in Existenznöten & zunehmende Probleme bei Finanzierung der Wohnung

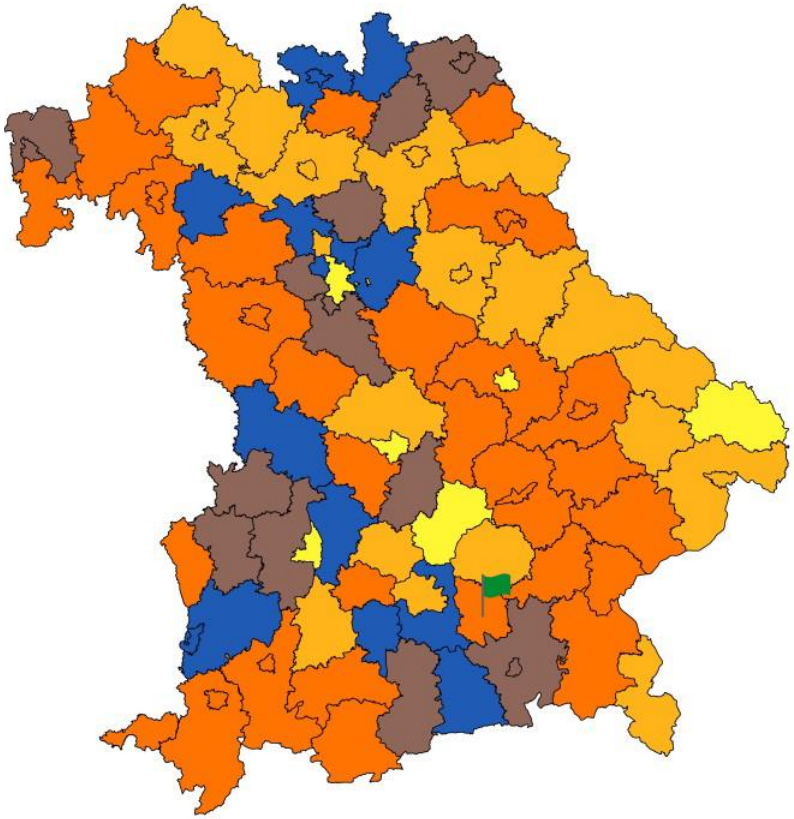
Einkommen und Sozialleistungen

Abbildung 167: Vergleich Nominal- und Realeinkommen (2005)

Nominaleinkommen



Realeinkommen

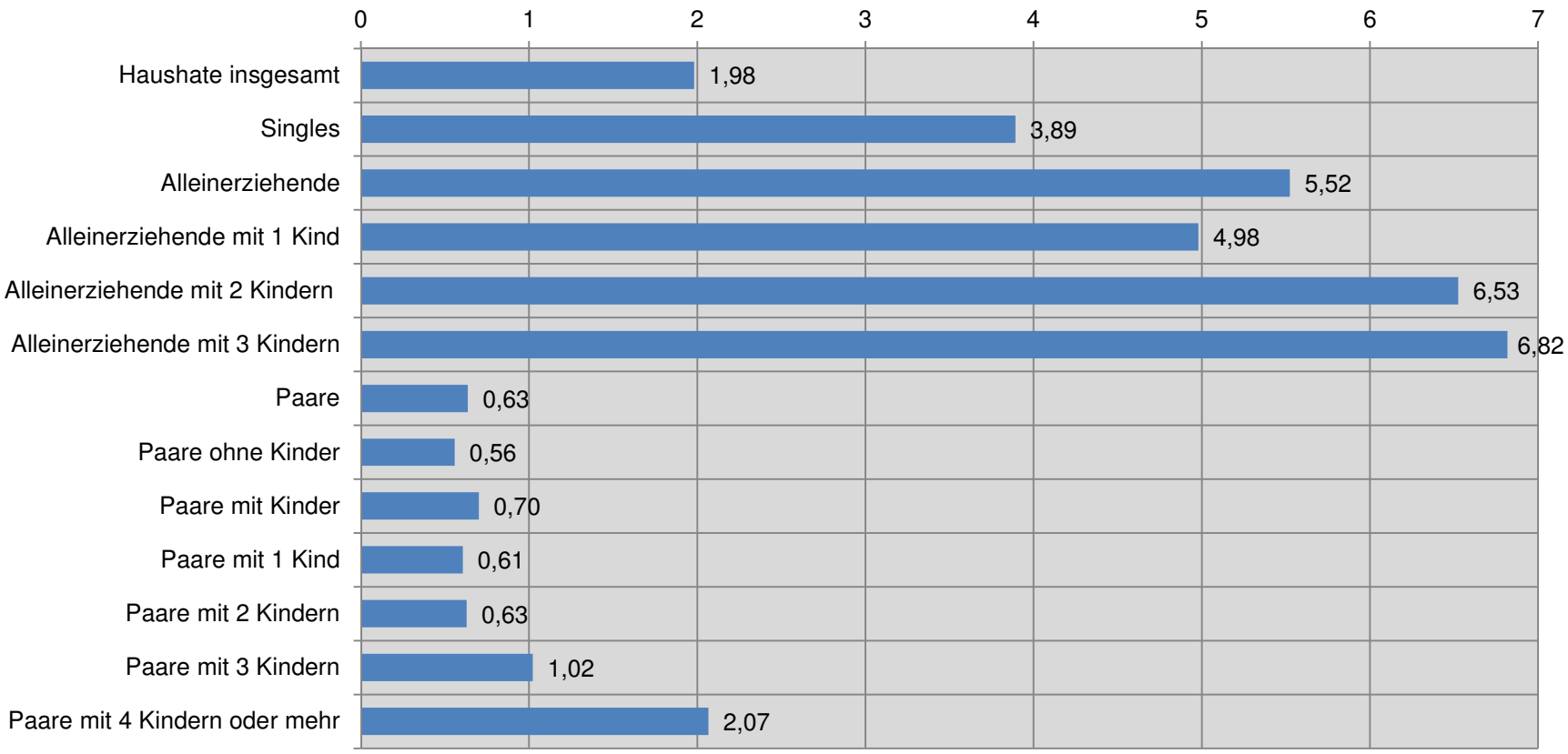


	bis unter	20.000
20.000	bis unter	21.000
21.000	bis unter	22.000
22.000	bis unter	23.000
23.000	oder mehr	

Quelle: BBSR 2009

Einkommen und Sozialleistungen

Abbildung 173: Anteil der Bedarfsgemeinschaften an allen Haushalten nach Haushaltsform 2011



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Zensus 2011

Einkommen und Sozialleistungen (Ausblick)

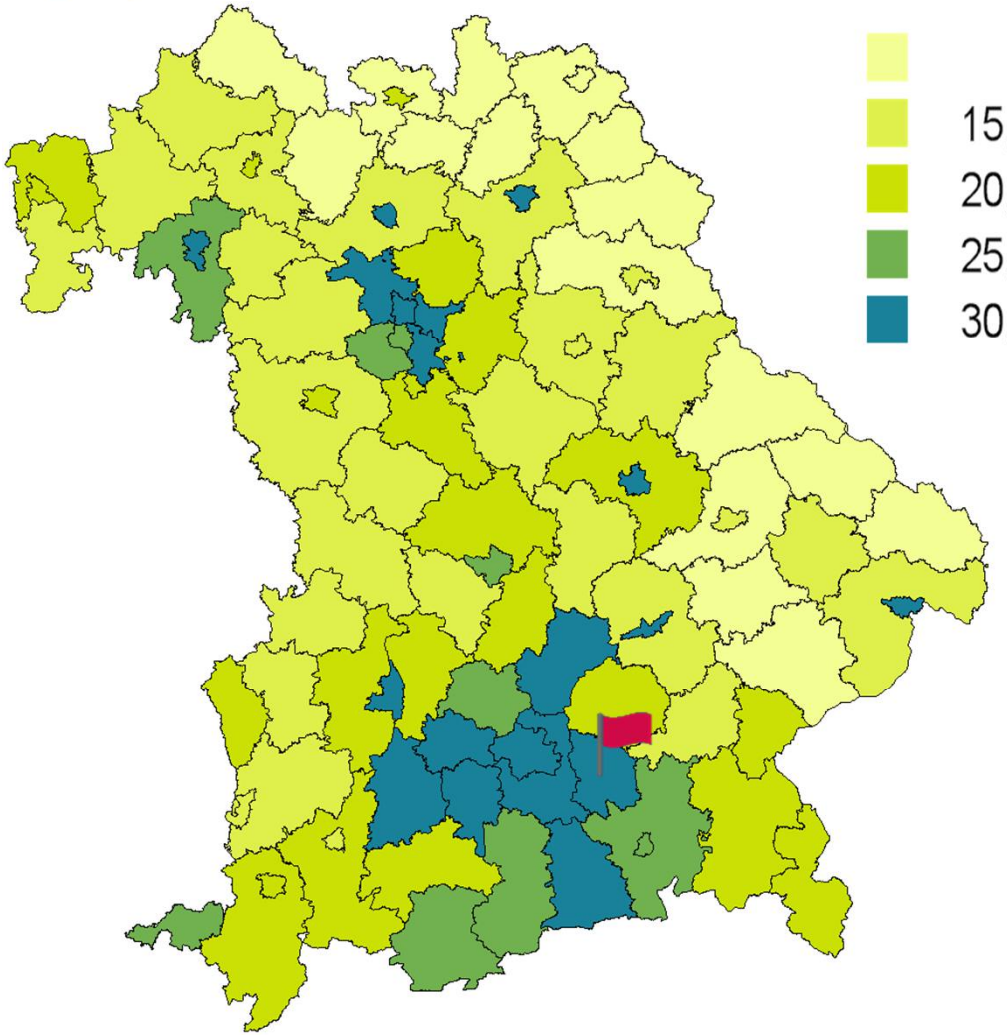
- aller Voraussicht nach weiteres Auseinanderklaffen Arm – Reich
- Voraussichtlich weiterhin steigende Altersarmut → betroffen sind vor allem Frauen
- Steigende Wichtigkeit von institutionellen Sozial- und Hilfsangeboten im „Zuzugs-Landkreis“ Ebersberg → oftmals keine Familienangehörigen in der unmittelbaren Umgebung & zunehmende Auflösung sozialer Netze (als Unterstützungspotenzial)
- Weitere Verschärfung der Wohnraumproblematik und zunehmende Fallzahlen von Obdachlosigkeit
- Tendenz hin zu homogenerer Sozialstruktur → Leben in vielen Teilen im Landkreis wird zunehmend nur noch für einkommensstärkere Personen erschwinglich sein

Bildung

- Sehr hohes Bildungsniveau im LK EBE; Bildungsniveau in jüngeren Altersgruppen höher; hohes Bildungsniveau von Menschen mit Migrationshintergrund
- Relativ hohe Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen in allen Altersgruppen; Entwicklung seit Jahren steigend (v.a. im U3-Bereich)
- Steigende absolute Zahl (und relativer Anteil) von Kindern in Kindertageseinrichtungen mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Alltagssprache
- Sehr hohe (konstante) Übertritts-Quoten auf Gymnasien, auf Realschulen steigend, auf Mittelschulen sinkend
- Zahl der Schüler an Sonderpädagogischen Förderzentren konstant → Beleg für aktuelle Wichtigkeit dieser Schulform
- Steigender Anteil von Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung; sinkender Anteil Schüler mit Mittelschulabschluss
- Bildungsniveau von ausländischen Schülern in letzten Jahren gestiegen (Anteil Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung) → jedoch nach wie vor Diskrepanz zu deutschen Schülern

Bildung

Abbildung 204: Anteil der Personen mit Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife) Bayern (2011)



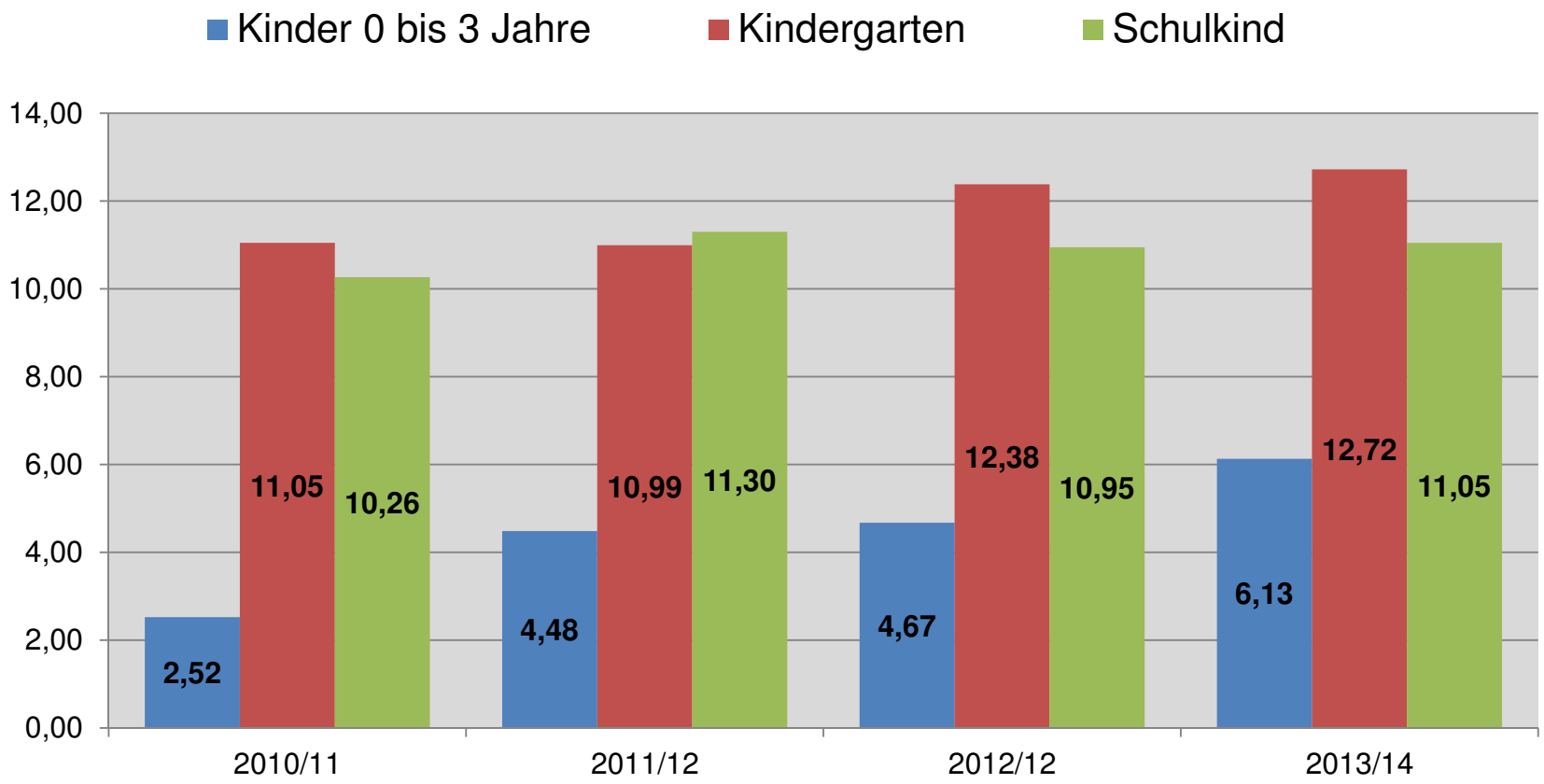
		bis unter	15,00	(17)
	15,00	bis unter	20,00	(28)
	20,00	bis unter	25,00	(23)
	25,00	bis unter	30,00	(10)
	30,00	oder mehr		(18)

- **Landkreis Ebersberg: 35,61 %**
- Höchster Wert: Landeshauptstadt München (49,57 %)
- Niedrigster Wert: Landkreis Tirschenreuth (5,79 %)
- Durchschnitt in Bayern: 26,79 %
- Durchschnitt in Oberbayern: 35,48 %

Quelle: Zensus 2011

Bildung

Abbildung 222: Anteil betreute Kinder mit Migrationshintergrund nach Altersklassen an allen betreuten Kindern



Quelle: Baykibig.web

Bildung (Ausblick)

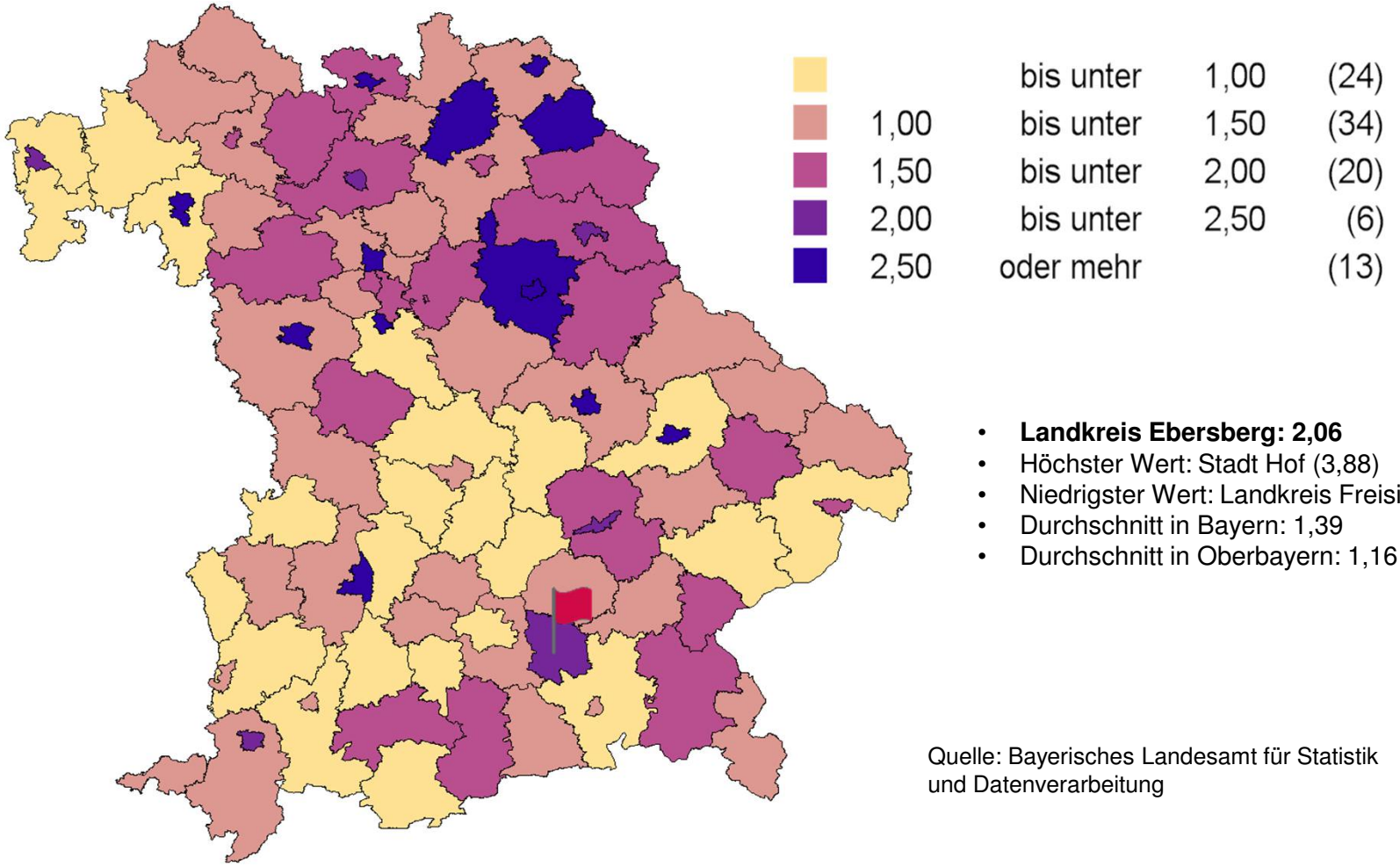
- Voraussichtlich weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung → Kindertagesbetreuung als immer wichtigerer Bestandteil bei der Betreuung in Familien & oftmals Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit von Müttern in der Region München (hohe Lebenshaltungskosten)
- Voraussichtlich weiterhin steigende Nachfrage nach Ganztagsschulangeboten → Schule wird ein noch wichtigerer Bestandteil der „Lebenswelt“ von Kindern und Jugendlichen
- Steigende Nachfrage nach speziellen Betreuungs- und Förderangeboten für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Voraussichtlich noch geringerer Anteil von Schulabgängern mit Mittelschulabschlüssen, weiter steigender Anteil von Schulabgängern mit Hochschulzugangsreife
- Lebenslanges Lernen gewinnt noch mehr an Bedeutung (→ demografischer Wandel)

Erziehung

- Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung im LK EBE erst gesunken, zuletzt wieder gestiegen; HzE-Inanspruchnahme insgesamt überdurchschnittlich hoch (Grund: besondere Hilfeleistung nach §32, SGB VIII)
- Überschneidung von Jugendhilfe-Inanspruchnahme mit anderen Problemlagen (z.B. Arbeitslosigkeit, SGB-II-Bezug…) → oftmals gleiche Personengruppe
- Jugendkriminalität (sowohl Zahl der Straftaten als auch Verfahren) seit 2010 Jahren leicht rückläufig
- Absolute Zahl der Scheidungen seit Jahren leicht rückläufig, ebenso Anteil der von Scheidungen betroffenen Minderjährigen

Erziehung

Abbildung 237: Inanspruchnahme Hilfen zur Erziehung pro 100 Kinder und Jugendliche (2013)



- **Landkreis Ebersberg: 2,06**
- Höchster Wert: Stadt Hof (3,88)
- Niedrigster Wert: Landkreis Freising (0,46)
- Durchschnitt in Bayern: 1,39
- Durchschnitt in Oberbayern: 1,16

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Erziehung (Ausblick)

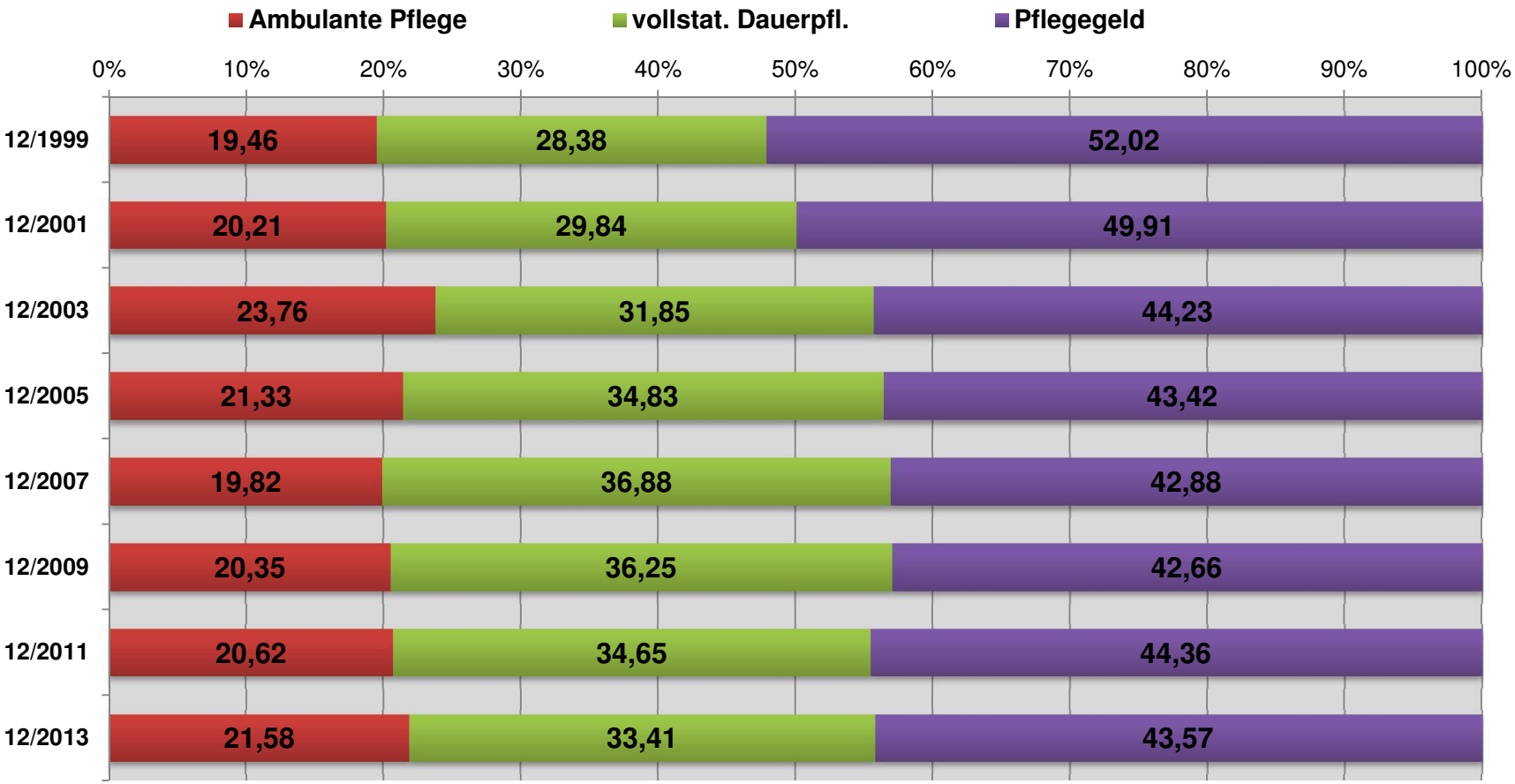
- Aller Voraussicht nach noch stärkere Überforderung und Belastung von Familien (u.a. durch Leistungsdruck, Trennungen/ Scheidungen, steigende Zahl Alleinerziehender) → Jugendhilfe übernimmt zunehmend „öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen“
- Jugendhilfe fokussiert zunehmend weniger Problemfälle, sondern wird zunehmend als „normal“ angesehen → zukünftig möglicherweise weiter steigende Kosten und Fallzahlen, auch aufgrund neuer Themenfelder (Inklusion, Integration …) sowie relativ gleich bleibender (absoluter) Zahlen an Kindern und Jugendlichen im LK EBE

Gesundheit und Pflege

- Lebenserwartung allgemein seit Jahren steigend; im LK EBE im bayerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch
- Steigende Zahl Pflegebedürftiger (2013: ca. 2.700) → Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Alter exponentiell an
- Inanspruchnahme Pflegegeldleistungen zunächst sinkend, zuletzt wieder leicht steigend (im bayer. Vergleich niedrig), Inanspruchnahme stationäre Pflege steigend (im bayer. Vergleich rel. hoch), Inanspruchnahme ambulante Pflege leicht steigend (im bayer. Vergleich rel. gering) → leichte Abnahme familiäres Pflegepotenzial
- ca. 3.100 Demenzkranke im LK Ebersberg 2013
- 2013 ca. 12.500 Menschen mit Behinderung im LK EBE; davon ca. 10.000 Schwerbehinderte; sehr geringer Anteil davon mit angeborener Behinderung → ebenfalls starker Zusammenhang mit Alter

Gesundheit und Pflege

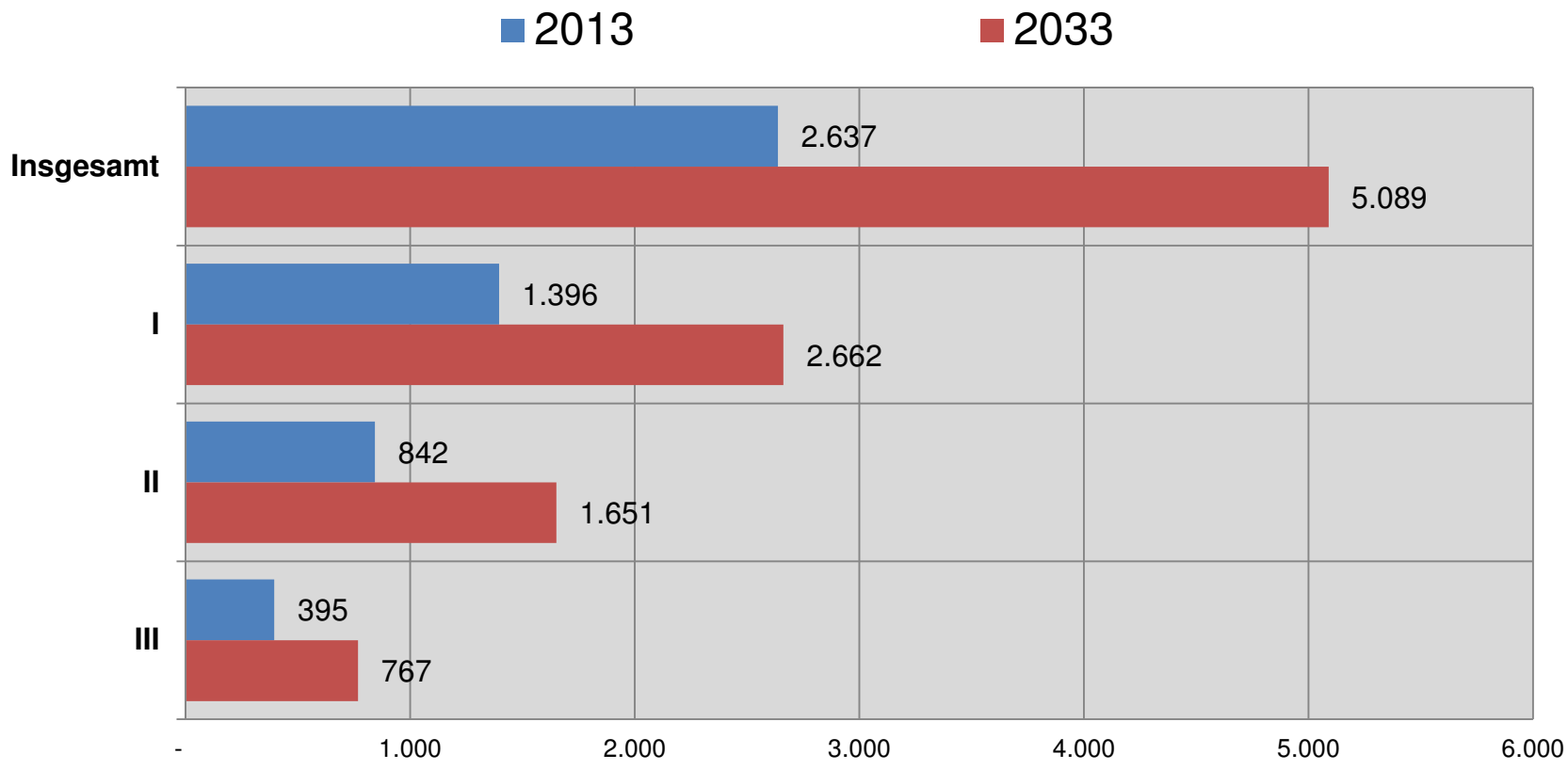
Abbildung 250: Leistungsberechtigte (nach SGB XI) und Inanspruchnahme Art der Pflegeleistungen



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Gesundheit und Pflege

Abbildung 261: Pflegebedürftige nach Pflegestufen 2013 und 2033



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Gesundheit und Pflege (Ausblick)

- Weiterer Anstieg der Lebenserwartung
- Sehr starker Anstieg der Zahl Pflegebedürftiger → Prognose: 2033 ca. 5.100
- Professionelle Pflegeinfrastruktur wird bedeutender werden, auch aufgrund der voraussichtlichen Abnahme des familiären Pflegepotenzials
- Starker Fachkräftemangel im Bereich der stationären Pflege
- Anstieg der Zahl von an Demenz erkrankten Menschen auf 3.800
- Starker Anstieg der Zahl von Menschen mit Behinderung

Sozialbericht des Landkreises Ebersberg

<u>Beschlussvorschlag:</u>
Dem SFB-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Der SFB-Ausschuss nimmt den ersten Sozialbericht des Landkreises zur Kenntnis.
2. Dem SFB-Ausschuss wird nächstes Jahr über die Entwicklung des Sozialberichts und neue Erkenntnisse berichtet.

Anlage 4 zum Protokoll; SFB 01.07.2015 TOP 6 ö

Vorstellung des Demografiekonzeptes des Landkreises Ebersberg - Aufbau und Handlungsfelder

Demografiekonzept

Erste Schritte nach dem Sozialbericht

LANDKREIS
EBERSBERG

Demografie - Zukunft gestalten

Demografiekonzept

Erste Schritte nach dem Sozialbericht

- Das demografische Gesamtkonzept ist ein sich ständig weiterentwickelndes Projekt. Es wird laufend fortgeschrieben.
- Die Fachbereiche Inklusion, Integration, Familie und Senioren definieren Handlungsfelder auf der Basis des Sozialberichtes und schlagen erste Maßnahmen vor.
- Der Fachbereich Ehrenamt zeigt als Querschnitt mögliche Projekte auf, die die Maßnahmen unterstützen könnten.
- Die Gesundheitsregion plus wird das Demografiekonzept zukünftig ergänzen.

Demografiekonzept - INKLUSION

Demografiekonzept - INKLUSION

Leitgedanke

Inklusion ist nicht nur eine gute Idee,

sondern ein Menschenrecht.

Demografiekonzept – INKLUSION

Überblick Handlungsfelder

Behörden, Info, Beratung

Bildung und Schule

Arbeit

Freizeit

Mobilität

Demografiekonzept – INKLUSION

Handlungsfeld: Behörden, Information, Beratung

Für alle Menschen ist der Zugang zu Informationen barrierefrei. Das bedeutet in baulicher Hinsicht, genauso wie in sozialer.

Maßnahmen

- Das Landratsamt stellt seine Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung.
- Anträge und Informationsschreiben der Abteilung für Soziales, Bildung und Kultur werden in Leichte Sprache übersetzt
- Beginn: Herbst 2015
- Das Landratsamt hat einen Internetauftritt in Leichter Sprache

- die Wheelmap wird im Landkreis bekannt gemacht und ihr Ausbau gefördert
  - durch Pressearbeit der Inklusions- und der Behindertenbeauftragten mit Werbung zur Bürgerbeteiligung und Beauftragten in Behörden
  - durch Initiierung von Schulprojekten (P-Seminare an Gymnasien) zur Wheelmap

Demografiekonzept – INKLUSION

Handlungsfeld: MOBILITÄT

Der Landkreis soll barrierefrei werden: Menschen mit Behinderung haben Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden. Der öffentliche Raum ist so gestaltet, dass sie sich trotz ihrer Behinderung sicher bewegen und am sozialen Leben teilhaben können.

Maßnahmen

Im Mobilitätsforum des Landkreises hat sich der Arbeitskreis „Mobi-Rat“ gegründet. Er hat im Frühjahr 2015 die Arbeit aufgenommen.

Maßnahmenbeispiel:

- Verständlichere Wegweisung (auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten) z.B. durch Piktogramme
  - Einbindung von Verbänden in die Überlegungen zur Vereinheitlichung
  - Empfehlungen an Gemeinden für einheitliche Handhabung

Demografiekonzept - INTEGRATION

Demografiekonzept - INTEGRATION

Leitgedanke

Der Landkreis stellt bestmögliche Bedingungen für die Orientierung im neuen Lebensumfeld und den Anschluss in den neuen Heimatgemeinden.

Nach zwei Jahren sollten Zuwanderer über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen, dass sie ihren Alltag selbstständig organisieren können und die Partizipation am Gemeindeleben selbstverständlich ist.

Demografiekonzept - INTEGRATION

Handlungsfelder

- Chancengerechtigkeit fördern
- Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur
- Integration von Asylbewerbern
- Öffentlichkeitsarbeit zu Integration

Demografiekonzept - INTEGRATION

Handlungsfeld CHANCENGERECHTIGKEIT FÖRDERN

Gute Deutschkenntnisse sind die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche schulische Laufbahn und die Partizipation in der Gesellschaft.

Maßnahmen

- Integrationslotsen für neu zugewanderte Familien
- Deutschkurse für Eltern
- Fortbildungen zu Deutsch als Zweitsprache (DaZ)
- Förderung von Mehrsprachigkeit & bildungssprachlicher Kompetenzen
- Bedarfsgerechter Ausbau von Übergangsklassen
- Berufsintegrationsangebote mit DaZ-Sprachförderung

Demografiekonzept - INTEGRATION

Handlungsfeld INTERKULTURELLE ÖFFNUNG & WILLKOMMENSKULTUR

Informationsangebote für eine (erste) Orientierung unterstützen die erfolgreiche Integration von Zuwanderern. Ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt wird wertgeschätzt und die Integrationsleistung anerkannt.

Maßnahmen

- Willkommens-Flyer
- Laien-Dolmetscher-Netzwerk
- Nutzung der Mehrsprachigkeit im Haus
- Jährliche Einbürgerungsfeier

Demografiekonzept - Familien

Demografiekonzept - Familien

Leitgedanke

Familie ist die langfristige Wahrnehmung von Verantwortung füreinander –

auch über Generationen hinweg.

Der Landkreis stellt die bestmöglichen Bedingungen dafür her, dass Familien in ihren verschiedenen Lebensentwürfen gut leben und arbeiten können.

Demografiekonzept - Familie

Handlungsfelder

Die Handlungsfelder:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
  - mit Kindern
  - mit zu pflegenden Angehörigen
- Wohnen
- Einkommen und Finanzen
- Bildung

Demografiekonzept – FAMILIEN

Handlungsfeld VEREINBARKEIT FAMILIE &BERUF

Ziel:

Die Eltern haben, soweit möglich, familienfreundliche Arbeitszeiten

Eltern können Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren.

Maßnahmen

- Information & Beratung von Arbeitgebern zu Lebens-Arbeitszeitmodellen, Veröffentlichung von „best practice“
- jährliche Ausschreibung eines Preises „Familienfreundlicher Betrieb in Ebersberg“
- Besondere Förderung von Familienfreundlichkeit für Väter am Arbeitsplatz , durch Veröffentlichung von Information und „best practice“.
- Das Audit „Beruf und Familie“ (www.beruf-und-familie.de) soll bekannt gemacht werden.

Demografiekonzept – FAMILIEN

Handlungsfeld FAMILIE &BERUF& PFLEGE

Die Übernahme der Verantwortung für zu pflegende Angehörige ist ein zutiefst menschlicher Wert und eine tragende Säule im Familienbild des Landkreises.

Ziel: Berufstätige können die Verantwortung für ihre zu pflegenden Angehörigen übernehmen. Sie können die ihnen und ihren Angehörigen entsprechende Form der Pflege sicherstellen.

Maßnahmen

- Information zu Pflegezeitgesetz/Familienpflegezeitgesetz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer fortführen (www.vereinbarkeit-in-ebersberg.de) und über einen Flyer als Printmedium in die Haushalte bringen.
- Aufbau eines Ehrenamtsnetzes „Pflegepaten“ für kurzfristige Unterstützung bei der Pflege zuhause.

Demografiekonzept - Familien

Handlungsfeld BILDUNG

Im Sozialbericht wird darauf hingewiesen, dass bei vielen Hilfeempfängern eine Verknüpfung von sozialen Problemlagen nachzuweisen ist. Der Bezug von SGB II oder XII Leistungen und die gleichzeitige Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung ist im Landkreis nicht selten.

Ziel:

Bildung ist auch einkommensschwächeren Bürgern möglich.

Familienbildung ist ein fester Bestandteil präventiver Jugendhilfe und den kommunalen Bedarfen angepasst. Jugendamt, Jugendhilfeträger und Bildungsträger kooperieren auf regionaler Ebene um allen Bürgern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

- In regionalen Arbeitsgruppen werden die Bedarfe an familienbildnerischen Maßnahmen erhoben . Erfahrungswissen vor Ort wird vom Sozialplaner mit erhobenen Daten ergänzt. Familienbildungsmaßnahmen werden wohnortnah angeboten.

Demografiekonzept – SENIOREN

Demografiekonzept – SENIOREN

Leitgedanke

Im Landkreis Ebersberg sind gute Lebensbedingungen für ältere Menschen vorhanden, die eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen.

Demografiekonzept – SENIOREN

Handlungsfelder

- Wohnen
- Gesundheit
- Versorgung und Pflege
- Mobilität
- Orts- und Entwicklungs-planung
- Sicherheit
- Einkommen
- Aktivitäten und soziales Leben

Demografiekonzept – SENIOREN

Handlungsfeld Aktivitäten und soziales Leben

Ziele

- Es gibt Begegnungs- und Bildungsangebote für ältere Menschen.
- Es gibt in allen Kommunen Seniorenvertreter (Beiräte, Sprecher, Beauftragte) zur Vertretung der Belange älterer Menschen.
- Es gibt Angebote zur Förderung des Austauschs und des Miteinanders der Generationen.
- Ältere Menschen sind sozial integriert und haben am gesellschaftlichen Leben teil.
- Es gibt ein flächendeckendes Netz an aufsuchender Sozialarbeit im Landkreis für ältere Menschen.

Demografiekonzept – SENIOREN

Maßnahmen Aktivitäten und soziales Leben

- Die Kommunen sollen kommunale Seniorenvertretungen (Beiräte, Sprecher, Beauftragte) ernennen bzw. wählen.

- Im Landkreis wird das Projekt „Leihoma/-opa“ zur gegenseitigen Unterstützung der Generationen aufgebaut.

- Im Landkreis wird geprüft, ob eine flächendeckende aufsuchende Sozialarbeit für ältere Menschen umgesetzt werden soll.

Demografiekonzept – SENIOREN

Handlungsfeld Versorgung und Pflege

Ziel:

Im Landkreis Ebersberg existiert ein Beratungs- und Versorgungsnetz für

- ältere Menschen mit einem Hilfs- bzw. Unterstützungsbedarf
- Pflegebedürftige
- Menschen mit Demenz
- Menschen mit einer sonstigen gerontopsychiatrischen Erkrankung
- Menschen, die schwersterkrankt sind und im Sterben liegen
- Angehörige

Im Landkreis Ebersberg gibt es ausreichend Fachkräfte zur Sicherstellung der Versorgung und Pflege.

Demografiekonzept – SENIOREN

Maßnahmen Handlungsfeld Versorgung und Pflege

- Es wird ein Pflegebedarfsplan für den Landkreis Ebersberg erstellt.
- Es wird ein Arbeitskreis Demenz eingerichtet.
- Nachbarschaftshilfen werden flächendeckend, gegebenenfalls gemeindeübergreifend, ausgebaut.
- Der Aufbau von Pflegestützpunkten wird geprüft unter Berücksichtigung der vorhandenen Beratungsstrukturen.

Demografiekonzept Ehrenamt

Demografiekonzept Ehrenamt

- **Leitgedanke**

  Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Ehrenamtliche unterstützen auf vielfältige Weise diverse Bereiche des täglichen Zusammenlebens und der Gemeinschaft. Dafür investieren sie Zeit, Wissen und Erfahrung. Dieses Engagement möchte der Landkreis unterstützen und fördern => lebenswerte Heimat.

Demografiekonzept Ehrenamt

ZIEL: Wertschätzung

- Einführung der Ehrenamtskarte für gesellschaftliches Engagement

  (geplant 4. Quartal 2015)
  - Gewinnen von Akzeptanzpartnern, die Vergünstigungen gewähren
  - Vereine, Verbände, Kommune informieren über die Ausstellungsmöglichkeit
- Verleihung eines Ehrenamtspreis mit jährlich wechselndem Thema

Demografiekonzept Ehrenamt

Ziel: Unterstützen

- Imagekampagne im Landkreis (geplant 2016)
- Gewinnen und Informieren für Ehrenamtliches Engagement in
  - Verbänden (Bayerische Rote Kreuz, Feuerwehren,THW)
  - kleineren Projekte (z. B. Nachbarschafts-hilfen, Umwelt-, Sport-, Paten-, Jugend- oder Seniorenprojekte)
- Aufbau einer Internetplattform zum Ehrenamt
- Angebot von Fortbildungen für Ehrenamtliche

Demografiekonzept Ehrenamt

Ziel: Verbinden

- Jährliche Durchführung einer überregionalen Ehrenamtsbörse in Kooperation mit Bürgern, Vereinen, Verbänden, Kommunen und Bildungsträgern

Demografiekonzept Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist ein arbeitsfeldübergreifendes Thema und findet sich in den Arbeitsbereichen Inklusion, Integration, Familie und Senioren wieder.

- **Querschnitt Integration-Inklusion:**
  Lange Nacht des Sports (einmalig = Kennenlernen, Werbung)
  Regelmäßiges Angebot in verlängerten Abendstunden; verschiedene Sportarten werden auf zentralen Orten oder in den Sporthallen mit Rahmenprogramm vorgestellt und laden zum Mitmachen ein. Breiten-Behindertensport.

- **Querschnitt Integration:** Integrationslotsen (Migranten helfen Migranten)
  ESF gefördert. Unbürokratische Hilfe auf Augenhöhe, Hilfen im Alltag z.B. Arzt, Schule, etc.

- **Querschnitt Familie:** Fit for Future
  Angebot an interessierte Mittelschüler, den Realschulabschluss zu erlangen und sich parallel sozial zu engagieren, Abendschule in Verbindung mit 2 Jahren Bundesfreiwilligendienst.
  Angebot auch für Interessierte ohne Schulabschluss.

Demografiekonzept Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist ein arbeitsfeldübergreifendes Thema und findet sich in den Arbeitsbereichen Inklusion, Integration, Familie und Senioren wieder.

- **Querschnitt Senioren**: aktive Wirtschaftssenioren, Senioren-Handwerker-Service

  Ehrenamtlich, handwerklich versierte Rentner, die den Alltag erleichtern, z. B.

  Unterstützung im Alltag, Auswechseln von Glühbirnen, Einstellungen am Fernseher, Möbel aufbauen)

- **Querschnitt Senioren:** Selbstorganisation eines Vereins Bürgerbus

  Bürger fahren Bürger und sorgen so für mehr Mobilität in der Region, wo der Nahverkehr dies nicht kann.

- **Querschnitt Inklusion**: Ehrenamtliche Teams

  Sie unterstützen Menschen mit Behinderung und sorgen so für eine bessere Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Persönliche Assistenz erleichtert individuelle Teilhabe (z. B. Sportvereine, Reisen, Kultur, Bildungsangebote).

Demografiekonzept des Landkreises Ebersberg

Dem SFB-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Der SFB-Ausschuss nimmt das Demografiekonzept zur Kenntnis.
2. Dem SFB-Ausschuss wird einmal jährlich über die Umsetzung der Maßnahmen und über die Tätigkeiten der Fachstellen in der Fachgruppe „Demografie“ berichtet.

ZWECKVERBAND STAATLICHE REALSCHULE VATERSTETTEN

Niederschrift öffentlich

über die 3. Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten für die Wahlperiode 2014 bis 2020, am Dienstag, den 31.03.2015 in der Realschule Vaterstetten.

Beginn: 10:08 Uhr — Ende: 11:18 Uhr

Vorsitzender: Landrat Robert Niedergesäß
Schriftführer: Martina Arnold

Anwesende Verbandsräte:

Müller Gabriele	Gde. Haar	
Wiedemann Horst	Gde. Haar	als Vertretung für Wieser Paul
Korneder, Klaus	Gde. Grasbrunn	
Niedergesäß Robert	Lkrs. Ebersberg	
Zetzl Bettina	Lkrs. Ebersberg	
Ockel Udo	Lkrs. Ebersberg	
Mayr Piet	Lkrs. Ebersberg	
Kirchlechner Melanie	Lkrs. Ebersberg	
Ried Toni	Lkrs. Ebersberg	als Vertretung für Finauer Franz
Weidenbusch Ernst	Lkrs. München	als Vertretung für Göbel Christoph
Inselkammer Franz	Lkrs. München	
Ganssmüller-Maluche Anette	Lkrs. München	

Nicht anwesend:

Bittner Barbara	Lkrs Ebersberg	entschuldigt

Außerdem anwesend:

Herr Dirscherl	LRA Ebersberg	
Frau Müller-Meisinger	LRA Ebersberg	
Herr Stephan	LRA Ebersberg	
Frau Plischke	LRA Ebersberg	
Frau Keller	LRA Ebersberg	
Frau Ruppelt	Schulleitung	Realschule Vaterstetten
Frau Mehrl	erw. Schulleitung	Realschule Vaterstetten
Herr Gruber	erw. Schulleitung	Realschule Vaterstetten
Herr Arendt	LRA München	
Frau Davis	LRA München	
Herr Kuhn	KMP Projektsteuerung	

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Martina Arnold
Schriftführerin

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Niederschrift der Verbandsversammlung vom 18.11.2014 2

TOP 2 Bestellung zur Datenschutzbeauftragten 2

TOP 3 Erweiterung der Realschule, Bevollmächtigung des Verbandsausschusses für Vergaben 3

TOP 4 Erweiterung der Realschule PV-Anlage(n) 3

TOP 5 Erweiterung der Realschule Planungsstand 4

TOP 6 Realschule Haar – Information 5

TOP 7 Verbandsumlage 6

Top 8 Verschiedenes und Anträge 6

Öffentliche Sitzung

Herr Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Verbandsmitglieder, sowie die weiteren Anwesenden.

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Niederschrift der Verbandsversammlung vom 18.11.2014

Herr Landrat Robert Niedergesäß stellte die Beschlussfähigkeit fest.
Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift der Verbandsversammlung vom 18.11.2014 vorgebracht.

Die Verbandsversammlung fasste folgenden Beschluss:
-einstimmig-

Die Niederschrift über die Verbandsversammlung vom 18.11.2014 wird genehmigt.

TOP 2 Bestellung zur Datenschutzbeauftragten

Herr Dirscherl trug die Sitzungsvorlage vor.

Die Verbandsversammlung fasste folgenden Beschluss:
-einstimmig-

Frau Jutta Plischke wird gem. Art. 25 Abs. 2 BayDSG i. V. mit Nr. 3 VollBekBayDSG zur behördlichen Datenschutzbeauftragten des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten bestellt.

TOP 3 Erweiterung der Realschule, Bevollmächtigung des Verbandsausschusses für Vergaben

Herr Dirscherl trug die Sitzungsvorlage vor.

Die Verbandsversammlung fasste folgenden Beschluss:
-einstimmig-

Der Verbandsausschuss wird bevollmächtigt, Aufträge für die Erweiterung der Realschule ohne Berücksichtigung der Zuständigkeitsgrenze nach §8a der Verbandssatzung zu erteilen, wenn:

a. **das Gesamtbudget eingehalten wird**
b. **die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen**
c. **die Kostenplanungen für den zu vergebenden Auftrag eingehalten werden**

TOP 4 Erweiterung der Realschule PV-Anlage(n)

Herr Dirscherl verwies auf die Sitzungsvorlage.

Frau Müller-Meisinger erklärt, dass die Errichtung einer PV-Anlage zum jetzigen Zeitpunkt nur auf der Einfachturnhalle sinnvoll ist. Da die Dächer des Schulgebäudes und der bestehenden Turnhalle aus statischen Gründen zur Ausrüstung mit einer PV-Anlage nicht geeignet sind und nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu ertüchtigen (Zweifachhalle) wären, wurde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für das Dach der neu zu errichtenden Einfachhalle durchgeführt. Laut überschlägiger Berechnung des Elektroplaners kann man von einer ca. 90%igen Eigennutzung des erzeugten Stromes ausgehen. Der Rest würde ins Netz eingespeist und vergütet. Als Amortisationszeit für eine solche Anlage wäre – ausgehend von den Preisen der zuletzt realisierten Anlagen – der Zeitraum von ca. 9 – 10 Jahren anzusetzen.

Die Verbandsräte Herr Korneder und Herr Ockel zweifeln an dem 90 % Eigenverbrauch, da nicht immer Strom erzeugt wird, wenn man diesen gerade braucht bzw. der erzeugte Strom an den Wochenenden und in den Ferien nicht immer verbraucht wird. Frau Müller-Meisinger erläutert, dass über weite Strecken der erzeugte Strom zu 100% verbraucht wird und zusätzlich Strom aus dem Netz erforderlich ist. Herr Stephan ergänzt, dass auch während der schulfreien Tage ist mit einer gewissen Grundlast des Gebäudes zu rechnen ist. Da die Vorbehalte nicht ganz auszuräumen waren, soll der ELT-Planer seine Verbrauchsberechnung in der nächsten Sitzung erläutern.

Verbandsrätin Frau Kirchlechner möchte wissen, ob die errichteten PV-Anlagen für die Gemeinden wirtschaftlich sind und stellt die Frage wie die Erfahrungen mit den bereits betriebenen PV-Anlagen im Landkreis Ebersberg sind.

Herr Landrat Niedergesäß erwidert, dass im Landkreis Ebersberg viele Schuldächer bereits mit PV-Anlagen ausgerüstet sind und dass diese ca. 80 – 90 % des Eigenstromverbrauches decken. Eine ökologische Energiegewinnung wird weiter vorangetrieben.

Frau Keller (Finanzmanagerin des Landratsamts Ebersberg) erklärt, dass sich PV-Anlagen sehr schnell amortisieren, obwohl staatliche Förderungen nicht mehr zu erwarten sind.

Zur Abklärung des 90 %igen Eigenstromverbrauches soll lt. Herrn Landrat Niedergesäß nochmals der Fachplaner befragt werden und das Ergebnis in der nächsten Versammlung vorgelegt werden.

Herr Verbandsrat Ockel schlägt vor, die Stromerzeugung an eine Energiegenossenschaft zu vergeben. Herr Landrat Niedergesäß greift diese Möglichkeit auf, möchte dies aber erst prüfen lassen und in der nächsten Verbandsversammlung im Juli 2015 beraten.

Herr Verbandsrat Korneder möchte aufgrund der Aufteilung zwischen den Verbandsmitgliedern die PV-Anlage selbst betreiben. Außerdem würde er sich eine Vereinfachung der Aufteilungsschlüssel wünschen. Es sei zu klären, ob nur die beteiligten Landkreise in den Genuss der Betriebskosteneinsparung durch eine PV-Anlage mit Stromeigenverbrauch kommen, da bei den Errichtungskosten ja auch die Gemeinden beteiligt seien.

Herr Verbandsrat Weidenbusch verweist dazu auf die eindeutige Regelung in der ZV-Satzung. Er möchte am bisherigen Abrechnungsschlüssel gemäß der Schülerzahlen festhalten und erklärt, dass sich dies in der Vergangenheit bewährt hat. Die Schul-Zweckverbände im Landkreis München werden auch auf diese Weise abgerechnet.

Herr Kuhn wies nochmals darauf hin, dass die Errichtung einer PV-Anlage zum jetzigen Zeitpunkt mit den niedrigen Eispeisevergütungen nur auf der Einfachsporthalle Sinn macht. Alle notwendigen Vorrüstungen werden bereits beim Bau der Einfachhalle mitberücksichtigt und sind in den Kosten bereits enthalten.

Die Verbandsversammlung fasste folgenden Beschluss:
-einstimmig-

Der Zweckverband Realschule Vaterstetten befürwortet die Errichtung einer PV-Anlage zur Eigenstromnutzung auf der neuen Einfachturnhalle. Die konkrete Entscheidung der Umsetzung wird auf der nächsten ZV-Versammlung getroffen. Im Vorfeld sind die Energiegenossenschaften einzubinden und Berechnungsmodelle über die Verteilung der Betriebskosten rechtzeitig vorzulegen.

TOP 5 Erweiterung der Realschule Planungsstand

Herr Dirscherl nahm auf die Sitzungsvorlage Bezug. Er teilte mit, dass die Regierung von Oberbayern Fördermittel in der vom ZV berechneten Höhe in Aussicht gestellt hat. Der vorzeitige Baubeginn wird voraussichtlich genehmigt. Laut Nachfrage beim Bauamt der Gemeinde Vaterstetten ist im April mit dem Genehmigungsbescheid zu rechnen.

Herr Kuhn erklärt, dass die ersten 5 Submissionen ab 2. April 2015 erfolgen, daher muss die Genehmigung der Regierung spätestens in der 3. Aprilwoche vorliegen, damit Aufträge vergeben werden können.

Frau Verbandsrätin Zetzl wollte wissen, ob es Probleme mit der Straßensperrung gibt, da gerade an der Schule viel Verkehr kanalisiert werden muss.

Frau Müller-Meisinger hat diese Problematik bereits mit Herrn Weber von der Gemeinde Vaterstetten besprochen. Herr Weber hat bereits Lösungsmöglichkeiten ausgearbeitet. Sobald die ausführende Baufirma gefunden ist, werden die Straßensperrungen mit der Baufirma abgestimmt.

Die Arbeiten zur Realschulerweiterung werden voraussichtlich in den Pfingstferien (Mai/Juni 2015) mit Vorarbeiten beginnen. Ab Anfang Juli starten die Abbrucharbeiten (Treppenhaus Ost, Zeichensäle). Herrn Landrat Niedergesäß wurde auf Anfrage bestätigt, dass man im Zeitplan ist.

Die Verbandsversammlung hat Kenntnis genommen.

TOP 6 Realschule Haar – Information

Der Landkreis München hat Kontakt mit dem Ministerium aufgenommen, konnte jedoch noch nichts Konkretes in Erfahrung bringen. Sollte die Realschule Haar kommen, ist es denkbar, einen gemeinsamen Zweckverband zu bilden oder eine Auflösung des bestehenden Zweckverbandes Realschule Vaterstetten vorzunehmen. Es ist bisher noch alles offen.

Herr Verbandsrat Weidenbusch hat auch zunächst aus der Zeitung erfahren, dass die Realschule Haar bereits genehmigt wurde, obwohl im Landratsamt München noch keine schriftliche Genehmigung des Kultusministeriums vorliegt. Es wurde eine Probeeinschreibung für eine FOS/BOS Haar im Landkreis München vorgenommen. Eine Ergebnisauswertung liegt noch nicht vor. Der Landkreis München ist hochinteressiert, mit der Stadt München in der Gemeinde Haar ein alternatives Schulstandortkonzept zu verwirklichen. Herr OB Reiter hat signalisiert, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Frau Verbandsrätin Müller teilte mit, dass sie noch keine Informationen über die geplante Schullandschaft in der Gemeinde Haar hat. Für sie als Bürgermeisterin der Gemeinde Haar ist diese Entscheidung sehr wichtig, um in Abhängigkeit davon ein sinnvolles (Erweiterungs-)Konzept für die gemeindeeigenen Schulen zu entwickeln.

Frau Verbandsrätin Kirchlechner stellte Herrn Verbandsrat Weidenbusch die Frage, wann voraussichtlich mit einer Entscheidung über eine neue Schule in der Gemeinde Haar zu rechnen ist, da diese Entscheidung eine große Auswirkung auf den ZV RS Vaterstetten hat.

Herr Verbandsrat Weidenbusch erklärt, dass die Entscheidung für eine FOS/BOS bald fallen wird. Er hat keinen Zweifel, dass das Kultusministerium und das Finanzministerium die Maßnahme genehmigen. Das weitere Vorgehen wird in der September-Sitzung im Kreistag München beraten. Außerdem sind die Einschreibezahlen (Probe FOS/BOS) eine wichtige Orientierung. Man muss den Beschluss abwarten, ob eine oder mehrere Schularten entstehen und wo die Schule gebaut wird.

Herr Landrat Niedergesäß erklärt, dass die Entscheidung über eine neue Realschule Haar des Landkreises München und deren genauer Standort, für den Zweckverband Realschule

Vaterstetten ausschlaggebend sein wird, wie es mit dem Zweckverband weitergeht. Er nimmt an, dass der Schulneubau noch einen Vorlauf von mindestens 2 Jahren benötigt, daher ist mit einem Baubeginn voraussichtlich nicht vor 2017/2018 zu rechnen. Der Zweckverband Realschule Vaterstetten muss unabhängig davon anstehende Entscheidungen treffen.

Frau Ganssmüller-Maluche meint, dass dem ZV RS Vaterstetten bis 2018 keine Schüler fehlen werden.

Herr Landrat Niedergesäß regt an, die Ergebnisse der anstehenden Beratungen und Beschlüsse des Landkreises München über Umfang und Standort der neuen Schule in der Gemeinde Haar, als Tagesordnungspunkt auf die Verbandsversammlung im November zu setzen.

Die Verbandsversammlung hat Kenntnis genommen.

TOP 7 Verbandsumlage

Herr Dirscherl nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Herr Verbandsrat Weidenbusch und Frau Verbandsrätin Zetzl merken an, dass die Beratung über die Änderung der Umlagenabrechnung (evtl. Festschreibung auf feste Prozentsätze) zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist, da die Zukunft des Zweckverbandes unklar ist.

Herr Verbandsrat Korneder bewundert die aufwendige prozentuale Aufschlüsselung der bisherigen Umlagen auf die Verbandsmitglieder.

Herr Verbandsrat Wiedemann möchte von Herrn Dirscherl wissen, wie hoch der Beitrag der Gemeinde Haar zu den Investitionen ist.

Herr Dirscherl erklärt, dass nach dem vorläufigen Umlageschlüssel die Gemeinde Haar 14 % der Investitionen bezahlt.

Herr Landrat Niedergesäß regt aufgrund der noch offenen Fragen an, dass die Beschlussfassung über die Verbandsumlage auf die Tagesordnung im November 2015 gesetzt werden soll.

Die Verbandsversammlung hat Kenntnis genommen.

Top 8 Verschiedenes und Anträge

-Keine-

Ende der öffentlichen Sitzung.